

Ercheint täglich außer Montags-Abonnements-Preis für Berlin...

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Sprech...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 31. Dezember 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zum Jahreswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt.

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Neue Welt“.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen.

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nehmt die Kinder!

Man verwechsle dies Wort nicht mit dem Spruchwort um diese Zeit der räufeligen Heuchelei in Bourgeois-

hat; es ging in denselben den anderen Ländern um Jahrzehnte voraus, aber der Rückschlag gegen die durch dieselbe erzeugten Uebel erfolgte dort auch früher als anderwärts...

Aber wie in England die kapitalistische Gesellschaft voranging in der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter, so begann auch in England zuerst der Kampf gegen dieselbe.

Ganz langsam hinken die anderen Staaten der englischen Fabrikgesetzgebung nach und erst in der jüngsten Gegenwart werden in dem Mutterland des bürgerlichen Liberalismus, in Belgien, die schwächsten Anfänge der Beschränkung der Kinderarbeit gemacht.

In Deutschland bildet für jugendliche Arbeiter das vollendete 16. Lebensjahr bereits die Grenze, innerhalb deren ihnen ein Schutz zu Theil wird, und zwar fast nur in Fabriken.

beantragten erst in diesem Herbst in Sachsen wie in Preußen, die Schulferien in die Zeit zu verlegen, wo man Kinderarbeit am besten verwerten kann.

Die jüngste Arbeiterschutz-Gesetzgebung will den jugendlichen Arbeitern bis zum 18. Lebensjahre eine Fortbildung in Fortbildungsschulen ermöglichen und gestattet es auch, den Besuch derselben obligatorisch zu machen.

Unsere preussischen Junker treiben mit der „Bildung“ wenigstens keine Heuchelei. Sie führen offen Klage, daß die Schulen, die zumal auf dem Lande und in den Ostprovinzen so sehr im Argen liegen, dem Kinde zu vielen Bildungshindernissen zuführen.

Man rühmt sich, die gewerbliche Kinderarbeit wenigstens eingeschränkt zu haben; auch der Bourgeois schaudert zusammen vor dem Gedanken, daß es eine Zeit gegeben habe, wo man Kinder unter 6 Jahren zu 18stündiger Fabrikarbeit verdammt.

In Deutschland bestimmt die neueste Gesetzgebung nur, daß Wäckerinnen während 4 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht in Fabriken beschäftigt werden dürfen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

18

Fé.

Von Edna Fern.

Doch von alledem hört und weiß Gänther nichts. Er ist Ernst und Gertrud unendlich dankbar, daß sie ihm Fé's Zimmer, das unmittelbar an den Saal grenzt, eingeräumt haben.

„Ich fürchte, sein Verstand hat gelitten,“ sagt Ernst zu Hermann Wedekind, der zum ersten Male seiner Emma gesteht hat, und nach Werbern geeilt ist, Gänther zu sehen.

Auch in Werbern blühen jetzt Rosen, üppig, süß duftend, und Gänther hat sich von Gertrud die Erlaubnis

erbelen, sie plündern zu dürfen. Gertrud wunder't's, wozu? Doch nicht sie ihm freundlich Gewährung und sieht zu ihrem Erstaunen, daß er vorsichtig, sanft, nur die weissen, vollerblichten auswählt.

„Weißt Du, wer Ella Norberg ist?“ fragt er, „ich muß mich wahrhaftig erst darauf besinnen. Sie nennt sich meine Frau — aber mein süßes Weib, meine Fé, ist doch tot.“

„Ich will nichts von Jener da wissen“ — er zeigt auf den Brief in seiner Hand. „Wenn sie kommt, mache mit ihr, was Du willst, mir ist Alles einerlei.“

„Den Rath nicht, aber die Lust“, entgegnet Gänther fester; es ist, als raffe er mühsam die Gedanken zusammen, um sie auf seine Antwort zu konzentriren.

„Ernst, Du bist nicht, wie ich, durch eine heiße, trockene, öde Wüste getrieben, einsam und hungrig und dürstend, nur Himmel und Sand, und Sand und Himmel all überall.“

Und da — da siehst Du sie vor Dir, die silberhelle, sprudelnde, köstliche Quelle, unter duftenden Blumen und grünen Gräsern, und Du beugst Dich nieder und trinkst von dem klaren, erquickenden Wasser, trinkst Vergessenheit, Glück, Liebe — und Du legst Dich nieder ins weiche Gras und läßtst Deine Hände im kühlen Naß, und Deine brennende Stirn, und über Dir rauschen die Bäume — wonnevoll — und Du wachst auf — blickst um Dich — da ist's verschwunden — fort — das Liebe, Schöne, Gute — und nichts um Dich her, als Himmel und Sand, und Sand und Himmel all überall. Ah, wie ist Dir's jetzt? Wie peinigt der Durst, wie brennt Dein Kopf, wie schmerzt Dein Herz.

„Aber Selbstmord ist dumm,“ setzt Gänther plötzlich mit ganz veränderter Stimme und lustigem Lachen hinzu: „Mag man doch seinem lieben Nächsten, der einem — nebenbeigelegt — doch gänzlich gleichgültig ist, nicht einmal ein Leides thun; wie viel weniger seiner eigenen innigstgeliebten Persönlichkeit. Freilich — weil wir so ganz ohne unser Verschulden in die Welt gesetzt werden, sollten wir wenigstens das Recht haben, uns nach Belieben wieder hinauszuschaffen — aber was dann? — Das ist's, wenn ich nur wächte — wächte.“

„Eine Stunde später: Ella Norberg, geb. Bornstedt, steht vor Ernst Nehling's mächtiger Gestalt, und ihre Hände bebden vor Zorn, und die schwarzen Augen glühen aus dem wachsblassen Gesicht.“

Die Arbeiterin hört auf, Mutter zu sein. Die Pflicht der Mutter hat dem Arbeitskontrakt zu weichen. Wir kennen Fälle, in denen Arbeiterinnen Jahreskontrakte abgeschlossen hatten; während ihrer Kontraktzeit heiratheten sie und gebaren. Als sie nach der vierwöchentlichen Schonzeit nicht in die Fabrik zurückkehren wollten, weil ihre Mutterpflicht sie zurückhielt, wurde ihnen die vom Lohne abgezogene Ration einbehalten. Auf dagegen erhobene Klage erhielt eine Mutter ein abweichendes richterliches Erkenntnis, in welchem der Richter erklärte — wir würden es nicht glauben, wenn wir nicht selbst das Erkenntnis gesehen hätten — daß sogar alle Wahrscheinlichkeit vorliege, daß die Arbeiterin überhaupt keinen Grund gehabt habe, von der Fabrik länger fern zu bleiben. Die Pflege eines Säuglings kein Grund für eine Mutter bei den Kindern zu bleiben, statt in die Fabrik zu gehen! Wäre der von vielen Unternehmern verlangte Kontraktbruch-Paragraph angenommen, dann wäre die Mutter nicht nur mit dem Verlust ihres Arbeitslohnes davongekommen, sondern man hätte das Kind sogar von der Mutterbrust reißen können, um die Mutter in die Fabrik zurückzuzwingen.

Und giebt es noch eine Art Schutz für die Arbeiterin in den Fabriken, wo giebt es einen Schutz für sie außerhalb derselben? Wenn von der Ausbeutung der Arbeiterin, der Frau, gesprochen wird, so ist das gleichbedeutend mit der Ausbeutung des Kindes. „Wer die Frau nimmt, nimmt auch das Kind,“ sagt Wischelfet, „in ihr zerstört man zugleich eine Familie, mehrere Kinder und die Hoffnung zukünftiger Generationen.“ Die notwendigen Erfordernisse der Industrie ruft man auf; die erste Nothwendigkeit ist die eines menschenwürdigen Daseins. Fröhlich wird die Arbeiterin auf dem Lande, wie in der Fabrik durch die Anstrengungen und den Mangel aufgerieben, und was wird aus ihren Kindern?

Gerade in der Weihnachtszeit, in der man so viel Liebe zu der unschuldigen Kindheit heuchelt und diese Heuchelei so wohlgefällig zur Schau trägt, offenbart sich die Verlogenheit unserer kapitalistischen Gesellschaft, die den Kindern das Himmelreich verweigert, sie aber zugleich als Futter dem Moloch der kapitalistischen Profitgier opfert. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember.

„Ueberraschungen“ sollen dem Reichstag in dieser Session nicht mehr bevorstehen. — namentlich nicht solche auf militärischem Gebiet. So wird uns in verschiedenen Zeitungen, welche sich für besonders gut unterrichtet ausgeben und im Ruf stehen, Beziehungen zur Regierung zu haben, mit einer etwas verdächtigen Aufdringlichkeit behauptet. Es giebt eine gewisse Art der Ablehnung, die in Wirklichkeit eine Ankündigung ist. Und doppelt verdächtig müssen uns diese Verhöhnungsnotizen erscheinen, wenn wir gleichzeitig in Zeitungen, die notorisch zu offiziellen Mittheilungen benützt werden, Artikel finden, in denen nachgewiesen werden soll, daß die französische Armee größer sei und mehr Truppen zähle, als die deutsche. Ob dies richtig ist, sind wir nicht in der Lage zu entscheiden. Das aber wissen wir, daß die französische Armee, um der deutschen, die sich aus einer um 10 Millionen stärkeren Bevölkerung rekrutiert, an Zahl nur gleich, geschweige denn überlegen zu sein, sich dem Charakter einer Milizarmee nähern muß, und in demselben Maße, in welchem sie an Zahl zunimmt, an Verwendbarkeit für Angriffskriege verliert. Es giebt heute kein Kulturvolk — und die Franzosen machen keine Ausnahme —, das nicht den Frieden wünschete, und das, wenn es in seiner Gesamtheit bewaffnet wäre, zu einem Angriffskrieg schreiten würde. Milizheere — und darin besteht einer ihrer Hauptvorteile — sind für den Verteidigungskrieg zwar weit besser als stehende Heere, dafür aber für Angriffskriege und eine kriegerische Politik nicht zu gebrauchen.

Was nun die abgelehnten „Ueberraschungen“ betrifft, so hegen wir nicht den mindesten Zweifel, daß uns solche bevorstehen. Der Reichskanzler hat ja auch in seiner Statrede militärische Vorlagen in Aussicht gestellt — freilich nicht für eine bestimmte Zeit. Und das herrschende Militärsystem treibt, wie wir schon zu wiederholten Malen dargezogen Gelegenheit hatten, in seinen logischen Konsequenzen unbedingt zu einer sehr beträchtlichen, ja riesenhaften Verstärkung unserer Armee, so kolossal diese schon sein mag. Was scheert es den Militarismus, daß das Volk unter der Last der eisernen Rüstung leucht, und daß ihm das Schicksal jener schwergepanzerten Ritter droht, die in

der Schlacht nicht vom Schwerte des Feindes den Tod fanden, sondern von den eigenen Rüstungen, in welchen sie erstarrten? Was verschlägt das dem Militarismus? Für ihn übersteigt sich das hat justitia, porcat mandas in: Der Militarismus muß herrschen, und gehe die Welt zu Grunde. —

Die Londoner „Times“ melden, daß Deutschland auch mit Rußland über einen Handelsvertrag, oder richtiger über den Beitritt Rußlands zu den Handelsverträgen in Unterhandlungen getreten sei. Die Handelsverträge beruhen auf einer so reaktionären Grundlage, daß die Nachricht nicht von vornherein als unglücklich bezeichnet werden kann. —

Die Polizei versteht es vortreflich, die sozialen Konflikte zu vertiefen und zu erweitern. So hatte die Polizei in München im Einvernehmen mit der Stadtkommandantur die Sozialdemokraten das Abhalten von Versammlungen namentlich Volksversammlungen, dadurch zu erschweren gesucht, daß sie durch die Kommissäre den Saalbesitzern zu wissen thun ließ, in ihren Lokalitäten würden keine Militärkapellen konzertieren und überhaupt Militär nicht verkehren dürfen, wenn sie ihre Säle den Sozialdemokraten zu Versammlungen abließen. Die Saalbesitzer ließen sich dadurch einschüchtern. Aber Stoß erzeugt Gegenstoß. Die Wirthe hatten ihre Rechnung ohne den Wirth, d. h. in diesem Falle ohne ihre Gäste, die Sozialdemokraten, gemacht. Diese theilten den Lokalbesitzern und Brauereien in einem Zirkular mit, daß sie deren Lokale für die Arbeiter sperren, die Abhaltungen von Vereins- und anderen Festen einstellen würden u. s. w., wenn sich ihre Besitzer nicht gegen hohe Konventionalstrafen verpflichteten, ihre Säle zu Versammlungen zu öffnen. In diese Zwangslage versetzt, hat sich nun der Gastwirths-Verband an die Polizeidirektion mit einer Eingabe gewandt, der Zwangslage der Wirthe Rechnung zu tragen und von Maßregelung derselben abzustehen. Auf diese Eingabe ist noch kein Bescheid erfolgt, und wird wohl auch keiner erfolgen, wenigstens nicht im Sinne der Wirthe. Was wird nun das Resultat sein? Alle diejenigen Wirthe, welche auf die große Masse angewiesen sind, werden schon um ihrer Existenz willen, gezwungen sein, der Maßregelung der Behörden Trost zu bieten, und, während sie früher nur Sozialdemokraten in ihren Lokalen duldeten, jetzt diesen einen vollständig sozialdemokratischen Charakter aufzudrücken. Wenn die Polizeibehörde diesen Erfolg beabsichtigt hat, dann wünschen wir ihr Glück dazu und rufen vergnügt aus: Vivat sequens! Nur so weiter! —

Die Agitation gegen das Invaliditätsgesetz wird gegenwärtig besonders stark geführt von den Parteien, welche es im Reichstage durchsetzen und sich bei den Wahlen desselben ganz besonders berühmten. Mit der Alters- und Invalidenversicherung sollte der Sozialdemokratie der Boden abgegraben werden. Wir stimmen gegen das Gesetz wegen seiner Mängel und seiner Unzulänglichkeit, und doch hat uns dasselbe nicht bloß nicht geschädigt, sondern ist in unserer Hand eine vortrefliche Waffe wider die gegnerischen Parteien geworden. Besonders in den Gegenden, wo der ländliche Arbeiter sich dem Gutsherrn auf Gnade und Ungnade hingeben mußte, wo er das lärgliche Bettelbrot als gnädigst verliehene Armen-Unterstützung unterthänig und dankbar entgegennehmen mußte, erkennt er jetzt, daß er ein Recht auf Alters- und Invalidenversorgung hat, und da liegt ihm der Gedanke sehr nahe, daß wenn er ein Recht habe, dieses mit den lärglichen Broden, die ihm das gegenwärtige Gesetz zuwirft, nicht schon befriedigt sei. Wir werden nicht unterlassen, immer und immer wieder dahin zu wirken, daß die Alters- und Invalidenversorgung zu etwas Anderem werde, als was sie jetzt ist, nämlich die bloße Abwälzung der heute üblichen Armenunterstützung auf jene Versicherung. Wir werden für die Verkürzung der Wartezeit für die Altersversorgung, für die Erhöhung der Renten jeder Zeit eintreten, und wir werden dann sehen, ob man diesen Forderungen gegenüber auch die am weitesten zurückgebliebenen ländlichen Arbeiter mit dem „rothen Gespenst“ in Schrecken vor der Sozialdemokratie verwirren können. —

Der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, deren Gründung wir kürzlich mittheilten, sind bis jetzt beigetreten: 1. der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin (jährlicher Beitrag 2000 M.), 2. der Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter „Concordia“ zu Mainz (jährlicher Beitrag 2000 M.), 3. die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zu Berlin (jährlicher Beitrag 500 M.), 4. der Verein „Arbeiter-

wohl“, Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde zu M. Gladbach (jährlicher Beitrag 500 M.), 5. der linksrheinische Verein für Gemeinwohl zu M. Gladbach (jährlicher Beitrag 200 M.), 6. der Bergische Verein für Gemeinwohl zu Elberfeld (jährlicher Beitrag 300 M.), 7. der Verein Anhaltischer Arbeiter zu Dessau (jährlicher Beitrag 300 M.), 8. der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, 9. der katholische Gesellenverein zu Köln, 10. der Verein zur Beförderung des Wohles der arbeitenden Klassen im Kreise Waldenburg in Schlesien (jährlicher Beitrag 200 M.).

Was diese Vereine für die wirkliche Wohlfahrt der Arbeiter bisher geleistet haben, war bei jedem einzelnen Vereine bisher = 0. Nach der Vereinigung wird es also 10 x 0, also wieder = 0 sein. —

Die Monopolisirung der Wasserkraft durch den Staat ist infolge der Fortschritte der Elektrotechnik zu einer sehr aktuellen Frage geworden, die in der Schweiz bereits stark diskutiert wird. Die Wasserkraft befindet sich zu einem großen Theil in Privatbesitz und die Privaten haben Rechte an dem Gefälle der Flüsse und Bäche. Bei dem Fortschritte der Elektrotechnik steht zu erwarten, daß die Wasserkraft auch einmal zur Bewegung der Eisenbahnzüge verwendet werden dürfte. Die bürgerlich-demokratische „Züricher Post“ macht Staat und Gemeinden darauf aufmerksam, daß sie sich derjenigen Wasserkraft, die an Private noch nicht vergeben sind, nicht zum Nutzen Einzelner und zum Schaden der Gesamtheit in dem Momente entäußern, da jener Nutzen und dieser Schaden durch die Konzeffionierung von Unternehmungen elektrotechnischer Art sehr bedeutend werden könne. Es soll nicht um einige hundert oder auch um einige tausend Franken Refugiationsgebühr eine Naturkraft in den Dienst der Spekulation gestellt werden, welche jetzt schon für manche industrielle Zwecke verwendet werden kann und künftig, wie man hofft, die Beleuchtung, Heizung und Lokomotion außerordentlich erleichtern wird. Was aber die im Privatbesitz befindlichen Wasserkraft betrifft, so steht die „Züricher Post“ zwar nicht wie wir auf dem Standpunkt der Bergesellschaftung allen kapitalistischen Betriebes, also auch der Wasserkraft, und will die Privatrechte an den Gewässern aufrecht erhalten; sie ist jedoch der Ansicht, daß dieselben nicht durch Konzeffionen entstanden sind, welche die Anwendung der Elektrizität vorsehen haben, so daß sie auch für diese gelten könnten. Man gab die Wasserkraft einer Spinnerei oder Zwirnerei, einer Mühle, Säge oder Schleife; man ertheilte eine Wasserrechts-Konzeffion vielleicht ganz allgemein für gewerbliche Zwecke. In jedem dieser Fälle aber konnten die konzeffionierten politischen Gewalten nicht wissen, wie sehr einst die Technik durch die Vertheilung der Kraft eine andere werden würde, und was sie thaten, hatte billigermaßen Sinn und Bedeutung bloß für die Technik, die sie kannten. Für eine neue, ihnen noch nicht bekannte Technik durften sie keine Rechte vergeben. Die Rechte eines späteren Geschlechts im Voraus zu konfiszieren, wäre ihnen gar nicht erlaubt gewesen.

Jedenfalls ist die Angelegenheit auch in Deutschland beachtenswerth, damit nicht auch die neuen Fortschritte der Wissenschaft und Technik zum Gegenstand der Privateausbeutung auf Kosten der Gesamtheit werden. —

Russische Erntestatistik. Ueber den Ausfall der diesjährigen Ernte Rußlands, in Zusammenstellung mit den Ernten der drei letzten Jahre sind kürzlich von dem statistischen Zentralkomitee im Ministerium des Innern zu Petersburg eingehendere Schätzungsziffern veröffentlicht worden. Die Statistik beschränkt sich auf das europäische Rußland, jedoch mit Ausschluß Finnlands. Die „Statistische Korrespondenz“ entnimmt dieser Quelle, welche auch die Ertragsausgaben der Vorjahre ersichtlich macht, daß in den vorbezeichneten Gebieten die Gesamtternte geschätzt wurde:

	in Tausend Tschetwert*)			
an	1891	1890	1889	1888
Roggen	90 690	121 880	102 528	184 499
Winterweizen	12 044	15 806	8 792	23 089
zusammen Wintergetreide	102 734	138 686	111 320	167 496
Sommerweizen	18 478	22 558	12 120	32 062
Hafer	77 454	97 151	91 824	100 644
Gerste	25 434	29 475	22 908	32 747
Speis	1 049	1 798	2 378	2 194
Buchweizen	7 545	8 301	10 184	9 828
Hirse	6 187	9 208	6 050	9 051
Mais	4 941	4 069	2 567	4 704
Getreien	2 727	3 480	2 470	3 625
zusammen Sommergetreide	143 815	176 060	163 969	196 695
überhaupt Getreide	246 549	314 746	275 289	364 191
Kartoffeln	69 051	84 993	84 462	81 566

Die „Statistische Korrespondenz“ bemerkt zu diesen Ziffern:

Das ungünstige Ergebnis der diesjährigen Ernte wurde im wesentlichen durch anhaltende Dürre verursacht, die vielleicht als eine Folge der in den letzten Jahrzehnten in vielen Gouvernements schonungslos betriebenen Vernichtung der Wälder zu betrachten ist. Hinsichtlich der Kartoffeln giebt die Schlussübersicht andere Zahlen, ohne daß wir den Unterschied ausführlicher veranschaulichen. Die Getreide-ernte von 1891 betrug in Prozenten der Erträge der Vorjahre: 1890 78,8, 1889 89,8, 1888 69,8, die Kartoffelernte 1890 81,2, 1889 81,8, 1888 84,7.

Die Ziffern für das Jahr 1891 sind ohne Zweifel zu hoch. Der Absolutismus kann es nicht wagen, die Wahrheit zu sagen. Er sucht in der Vogelstreifen-Politik sein Heil und Gefahren dadurch begegnen zu können, daß er die Augen zumacht — oder was dasselbe ist — daß er sie weglägt.

Die verzweifelte Lage der russischen Regierung wird durch die Finanznoth noch erheblich verschlimmert. Alle Versuche, ein neues Anlehen aufzunehmen, nachdem das letzte so schmachlich ins Wasser gefallen ist, sind misslungen, die Staatskassen sind leer und der chronische und heimliche Bankrott scheint nun zu einem akuten und öffentlichen werden zu wollen.

Inzwischen sind die Nihilisten unermüdet an der Arbeit. In jüngster Zeit will die Polizei nicht weniger als drei „Verschwörungen“ entdeckt haben — wie viele sie nicht entdeckt hat, das veranschlagt sie mit gewohnter Bescheidenheit. Zahlreiche Verhaftungen werden aus verschiedenen Theilen des Landes gemeldet — und namentlich soll der Nihilismus in Offizierskreisen immer mehr Anhänger gewinnen. Der Zar aber sitzt ruhig in seinem Gemächnis Gatschina und betrachtet mit einer Gleichgültigkeit,

*) Der Tschetwert ist gleich 2/10 Hektoliter — genau 2,000 Hektoliter.

Wo habt Ihr ihn verborgen? Ernst, ich fordere meinen Gatten zurück von Dir!“

„Bist Du von Sinnen, Ella! Glaubst Du, ich halte Günther hier verhaftet? Wahrhaftig! Ohne meinen Willen ist die ganze unglückselige Geschichte passiert. — Suche die Schuld nicht bei den Anderen, suche sie bei Dir selber, Ella.“

„Da, ha,“ lacht Ella schneidend. „Bei mir, bei mir? Ich habe mir nichts vorzuwerfen, ich bin rein und fleckenlos, keine schamlose Dirne, wie Deine „schöne“ Schwester gewesen, und ich will meinen angetrauten Gatten wieder haben, ihn vom gänzlichen Versinken retten. Wo ist Günther?“

„Gehe hin, sag' es ihm selber, was Du willst und was Du bist, herzloses Geschöpf Du, und dann — sofort aus meinem Hause, Ella, keine Minute länger dulde ich Dich hier!“

Leise öffnet Ella die Thür zu Günther's Zimmer und schlüpft hinein. Da — ein gellender Ausschrei — Entsetzt reißt Ernst die Thür auf. — Da steht Ella wie versteinert, die Hände abweichend vor sich gestreckt, und vor ihr auf weißem Sockel, sich scharf von dem dunkelrothen Hintergrund abhebend, die lebensgroße, mattschimmernde Thonfigur einer Nymphe — Jé, in ihrer jungen, wunder-vollen Schönheit. —

Es ist, als blide Leben aus den Augen, als haben sich sehnsüchtig die Arme, und bebe der Fuß, um weiter zu schreiten, als lächle der süße Mund. — Und vor ihr, zu ihren Füßen, da ruhen die weißen Rosen, süß duftend, lieblich. — Wie gebannt stehen die Drei. Und plötzlich dergert sich Ella's Gesicht, ein zischender Laut entringt sich ihren blaffen Lippen, suchend blickt die wühenden Augen umher — da — ihr eigener Sonnenschirm mit dem Goldknopf — ein Schlag — ein Schrei der Entrüstung — Ernst kann's nicht hindern:

Lautlos sinkt der weiche Thon zu Boden und gepenstlich starrt das Esfengerippe daraus hervor. — Tiefe Stille. Rasche Schritte nähern sich. Hastig, angstvoll stürzt Ella hinaus, Gertrud kraftvoll mit sich ziehend. Die Thür wird aufgestoßen — Günther. — Da sieht er sein Werk, seine Jé, sein Bestes, vernichtet, zertrümmert.

„Mörderin, Verfluchte — ah, ich kenne Dich, mitleidloses, wühendes Weib! O Du zweiseitige Mörderin Du, könntest ich Dich erwürgen, mit meinen eigenen Händen — Wollust!“ — doch sein Blick fällt, er sieht den lieblichen Kopf Jé's, lächeln nicht die Lippen ihn an? Er kniet nieder, er sucht die Stücke wieder zusammen zu fügen, er hebt die Augen klagend zu Ernst:

„Muss ich sie noch einmal in den Sarg legen, mein Weib, mein süßes Lieb! Die weißen Rosen, Ernst, bede sie zu damit, sie sind, wie sie war, heraufgehend lieblich —

Unter dem Haidkraut, Ernst, begraben wie sie, da hat sie in meinen Armen geruht — in meinen Armen — er steht nieder und betrachtet seine Hände, seine Arme — sie sind leer, Ernst, leer, wie mein Herz. Ich gehe, will das Grab graben, und weiße Rosen — weiße Rosen.“ —

Er geht rücklings zur Thür hinaus, den irren Blick fest auf sein zertrümmertes Glück geheftet. — Niemand magt es, ihn aufzuhalten. —

Ach, Günther, warum bist Du Deiner Jé nicht gefolgt in das große, ewige Nichts?

O, warum? —

Dürfte mir das Weib nicht erspart bleiben, Dich zu sehen, wie Du leuchtenden Auges, mit verklärter Stirn unzählige Rosen formst aus Thon, halberblühte weiße Rosen — im Irenenhause. Fremdblickt es vom Gertrudenberg hinab und die Sonne vergoldet die vergitterten Fenster. —

die zu der Nachricht Anlass gegeben hat, er sei dem Jesum verfallen — den Zusammenbruch seiner Zarenherrlichkeit. —

Der russische Adel ist zum großen Teil tief verschuldet. Neuerdings sind 1500 Adelsgüter zum zwangsweisen Verkauf gestellt worden, und den meisten Adelsgütern soll das gleiche Schicksal bevorstehen. Wie es heißt, geht die Regierung mit dem Plan um, dem Adel wieder auf die Beine zu helfen. Aber woher die nötigen Gelder nehmen? Erst muß sie selber auf die Beine kommen. —

Bulgarien, so klein es ist, weiß jetzt Rußland die Bahne zu weisen, das sich noch immer als den Wohlthäter Bulgariens, der mit Unbarm gelohnt wird, aufspielt. Dieser Prävention des russischen Zaren begegnet der bulgarische Ministerpräsident Stambulow, mit der scharfen, aber zutreffenden Aeußerung: „Wir sind für Rußland nicht auf der Welt, es sei denn, daß es sich um irgend einen politischen Nord handelt, und Rußland existiert auch für uns nicht.“ Der „politische Nord“ war beiläufig stets eine Spezialität des Zarenthums. Allerdings — eine zweischneidige Waffe, die sich sehr häufig auch gegen die Zaren gewandt hat. Die meisten derselben sind bekanntlich eines gewaltsamen Todes gestorben — und stets waren es entweder fürstliche Verwandte oder Edelste der Nation, welche die ihnen im Weg stehenden Monarchen ins Jenseits beförderten. Der „Fürstenmord“ ist von den herrschenden Klassen in Rußland mit so großem Eifer und so viel Methode betrieben worden, daß ein französischer Diplomat, der in Rußland als Gesandter lebte, zu dem berühmten geflügelten Wort veranlaßt ward: das russische Regierungssystem ist ein durch Meuchelmord gemilderter Despotismus (despotisme modéré par l'assassinat).

Und für dieses Regierungssystem haben unsere „Edelsten der Nation“ Menschenalter hindurch geschwärmt — und viele der Herren, z. B. der Exkanzler Bismarck, erblickten in demselben auch heute noch ihr politisches Ideal. —

Die wirtschaftliche Lage in Italien. Die „Gazetta ufficiale“, das italienische Regierungsblatt, hat soeben einen neuen Beweis für die traurige wirtschaftliche Lage Italiens geliefert. Allwöchentlich bringt die „Gazetta“ ein Verzeichnis der Immobilien (bebauten und unbebauten Grundstücke), welche der Fiskus in Besitz genommen und nun zum öffentlichen Verkauf bringen läßt, weil ihre Eigentümer mit den Steuern im Rückstande sind.

Bis Ende Juni 1889 — und seitdem hat sich die Lage nur verschlechtert — hatte man, da sich kein anderer Käufer fand, dem Staat 141 089 eingezogene Grundstücke zuge schlagen. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik Italiens hat also zum Verkauf der unbeweglichen Güter von 141 089 Steuerzahlern durch den Staat geführt; dabei sei nicht vergessen, daß diese gewaltige Zahl die anderen Personen als dem Staat zugerechneten Besitztungen nicht mitumfaßt.

Die Mehrzahl dieser Güter befand sich in so elendem Zustande, war so alles Wertes entblößt, daß der Staat bei 80 640 dieser Grundstücke nach dem Zuschlag die Besitzergreifung ablehnte, obgleich er sich ihrer wegen die hohen Kosten der Enteignung, von mehr als 80 000 Urtheilen, ebenso vielen Anweisungen und mindestens drei Verkaufsterminen für jede Besetzung auferlegt hatte!

In Betreff der übrigen 60 449 Grundstücke, welche er tatsächlich in Besitz nahm, war der Staat nicht glücklicher. Sie mußten kultiviert werden. Aber sie waren klein, lagen zerstreut und entfernt von einander.

Der Staat konnte nicht daran denken, sie durch seine Beamten ausnutzen zu lassen, denn diese würden den Staat ebenso verschlingen, wie der Staat die Eigentümer verschlungen hat.

Was konnte man anderes thun, als die Augen schließen, und die ihres Eigentums Entscherten zu ihrem eigenen Nutzen die Güter, deren man sie beraubt hatte, weiter bebauen lassen? Die alten Eigentümer sind im tatsächlichen Besitz geblieben, sie säen und ernten wie früher, nur mit dem großen Unterschied, daß sie jetzt keine Steuern mehr zu zahlen brauchen.

Aber es kommt noch besser. Da der Staat gesetzmäßiger Eigentümer ist, hat er auch die Verpflichtung zur Zahlung der Provinzial- und Kommunalsteuern, welche auf jenen Gütern lasten, die ihm nichts einbringen! Diese 60 449 Grundstücke sind zu Gunsten der Provinzen und Gemeinden mit einer jährlichen Summe von 208 965 Frks. belastet, und der Staat hat diese Summe zu zahlen!!

Der italienische Staat ist trotzdem vernünftig verwalter, und die Lage seiner kleinen Steuerzahler ist eine zu günstige, als daß sich so unglückliche Dinge ereignen könnten!

Keiner der enteigneten Grundbesitzer hatte mehr als 5 Franks Steuern im Jahr zu zahlen, und diese konnten sie nicht zahlen, denn man mußte ja zum Verkaufe ihrer Besitztungen schreiten.

Der Staat hat an Gerichtskosten und Gebühren für die Juristen mehrere 100 000 Franks bezahlt, um Eigentümer der Grundstücke zu werden, die er nicht bebaut und die ihm keinen Pfennig einbringen, für die er dagegen fortwährend alle Steuern allein zu zahlen hat, während die alten Eigentümer allen Nutzen aus ihnen ziehen!

In welchem Lande der Welt, Italien ausgenommen, wäre eine solche Erscheinung möglich? Wer würde solche Thatsachen überhaupt für möglich halten, wenn die „Gazetta ufficiale“ es nicht übernahm, sie uns zu erzählen? —

Daß die internationale Solidarität der Arbeiter keine inhaltsleere Phrase ist, bekunden die Führer der Leipziger Buchdruckerzeitung auf's Deutlichste selber, im Gegenwärtigen zu ihrem Fachblatt, indem sie in der englischen Presse einen Artikel veröffentlichten, worin die Buchdruckerzeitung als die böse Wölfe und die Buchdruckerzeitung als die unschuldigen Lämmer hingestellt werden, und der den Hock verfolgt, die Engländer von der Unterstützung der deutschen Buchdruckerzeitung zurückhalten. Welche Aufnahme der Artikel der Leipziger Buchdruckerzeitung, den wir in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen werden, bei John Bull gefunden hat, ergibt sich drastisch aus einem Schreiben, das uns aus London zugeht und folgendermaßen lautet:

In der Ausgabe des hiesigen „Daily Chronicle“ vom 20. Dezember versuchen die Herren Minhardt und Ramm als Vertreter der Buchdruckerzeitung Deutschlands in einem Eingebunden dem englischen Publikum Sand in die Augen zu

streuen, indem dieselben den Versuch machen, die hier von den Vertretern der Schiffs-, den Herren Döblin und Pfeiffer, gemachten Angaben betreffs des Ausstandes zu widerlegen, sich dabei aber gründlich blamieren und gerade das Gegenteil von dem erreichen werden, was mit ihrem Eingebunden beabsichtigt war. Die Herren scheinen sehr wenig von den Charakterzügen des englischen Volkes zu kennen, sonst hätten dieselben wissen müssen, daß sie mit einer in solcher Sprache abgefaßten „Widerlegung“ hier in ein Wespennest treten würden. Die Folgen werden sich sicherlich in nächster Zeit durch außerordentlich lebhafte materielle Unterstützung der Streikenden zeigen. Gänzlich davon abgesehen, daß die sogenannte „Widerlegung“ von Unwahrheiten spricht, schlagen die Herren mit dem Schluffah ihres Artikels dem Fach dem Boden aus, indem sie dem englischen Publikum versichern, daß die Vereinigten Buchdruckerzeitung so lange aushalten würden, bis die Arbeiter zu streiken frieden, und daß den Streikenden die „Kleinigkeit“ oder das „Echterslein“ (mites), welches denselben von England zuzufahren würde, nicht retten könne. Damit haben die beiden Herren den englischen Stolz beleidigt und statt mit ihrer „Widerlegung“ den deutschen Buchdruckern die finanzielle Hilfe von England abzuschneiden, haben sie es herbeigeführt, daß den Streikenden Unterstützung in solchem Maße zu Theil werden wird, daß den Leipziger Genossen wahrlich für die Zukunft die Luft vergeht, wirkliche Thatsachen durch handgreifliche Entstellungen widerlegen zu wollen. Wie verlautet, hat der hiesige Gewerkschaftsrath bereits eine Spezialversammlung der Delegirten einberufen, um einen Appell an das englische Volk zu Gunsten der deutschen Buchdrucker zu richten. Raß es den Herren in Leipzig nicht in den Kram paßt, wenn die Arbeiter anfangen international zu denken und zu handeln, wie dieß anlässlich dieser Bewegung so schön zu Tage tritt, ist sehr natürlich. Doch die Zukunft wird noch bessere Proben der Internationalität und Solidarität der Arbeiter bringen.

Wir können es bei der Douche, die den Leipziger Buchdruckerzeitung in diesem Schreiben beigebracht wird, vorläufig bewenden lassen und wollen deshalb nur noch darauf hinweisen, wie sehr die einfache Thatsache, daß die Buchdruckerzeitung sich an das Rußland zu wenden müssen, um den streikenden Genossen eine Niederlage zu bereiten, für die Wichtigkeit der Genossenmeinung spricht, daß den Herrschaften vom heiligen Geldsack das Feuer auf den Nägeln brennt und deshalb der Keimstundentag errungen werden wird, sofern die Streikenden nur aushalten und die gesammte Klassenbewußte Arbeiterschaft sie ausreichend unterstützt. Möge deshalb allerorts, in allen Ländern, die Arbeiterschaft mit ganzer Thatkraft dem Unterstützungswerte obliegen und kein Arbeiter vergessen, daß ein Sieg der deutschen Buchdruckerzeitung für die Arbeiterschaft der ganzen Kulturwelt von Vortheil sein muß. Demgemäß zu handeln, das sei das Gebotnis jedes Klassenbewußten Proletariats am Jahreschluß! —

Korrespondenzen und Parteinahrichten.

Leipzig, 20. Dezember. Vor einiger Zeit brachte der hiesige „Wähler“ einen Artikel, in dem der „Patriotismus“ und die „Vaterlandsliebe“ der sächsischen — speziell Leipziger — Nationalliberalen von 1866 beleuchtet wurde. In dem Artikel wurde der bekannte Landesversammlung der Nationalliberalen Sachsens erwähnt, welche im Hotel de Pologne stattfand und in der beschlossen wurde, den König von Preußen zu ersuchen, Sachsen zu annektieren etc. Die Führer der Nationalliberalen, Wium, Wiedermann etc., die sonst jede Gelegenheit ergreifen, gegen die „verlogene Sozialdemokratie“ zu wettern, verhielten sich mächenswürdig; sie glaubten jedenfalls, die Sache könnte ausgedehnter werden. Der „Wähler“ bohrte aber weiter und Herr Professor Wiedermann „berichtigte“: an der ganzen Geschichte ist kein Wort wahr.“ Zum Unglück für Herrn Wiedermann stand einen Tag später, als er seine „Berichtigung“ geschrieben hatte, im „Leipziger Tageblatt“ eine Notiz von einem Herrn Moritz Lorenz, welcher in jener Landesversammlung anwesend und in eine Kommission gewählt worden war. Herr Lorenz konstatiert, daß der Annexionsbeschluß in besagter Landesversammlung gefaßt worden ist; aber er wolle „nicht Dinge austragen aus einer Zeit, welche mit ihren Stürmen so manchem sonst so ruhig denkenden Patrioten das Ziel verrückt.“ ... „Ach wir wissen, wie unangenehm den Nationalliberalen die damaligen Beschlüsse heute sind. Das wird uns aber nicht abhalten, sie immer und immer wieder in Erinnerung zu bringen und dem Volke jene Leute ohne Maske zu zeigen, die sich heute anmaßen, der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandlosigkeit zu machen.“

Auch im fremden Arier haben die Sozialdemokraten zur Gewerbezeitungs-Wahl eigene Kandidaten aufgestellt. Das ging den Herren vom christlichen Arbeiterverein wider den Strich, und sie beriefen eine Versammlung ein, welche Kandidaten aus diesem Verein aufstellen sollte. Die Versammlung, welche von etwa 400 Arbeitern besucht war, nahm aber einen anderen Ausgang, als die Veranstalter gewünscht hatten. Die Darlegungen des sozialdemokratischen Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, während der Redner des christlichen Arbeitervereins eine vollständige Niederlage erlitt. Als er den letzten Triumph ausspielte, indem er fragte, ob man einen Sozialdemokraten, der sich mißlieblich gemacht habe, wählen könne, antwortete ihm die Versammlung mit einem nahezu einstimmigen begeisterten „Zanwoh!“ Unter solchen Umständen verhielten die Arrangenten der Versammlung auf die Fortführung derselben. Die aufgeregten Arbeiter aber trauten sich noch einige Stunden beim Glase Bier des errungenen Sieges.

Aus Böhln im Elbth wird der „Elbth-Bohringischen Volkszeitung“ mitgeteilt, daß einigen Arbeitern, welche einen Turnverein errichteten, seitens der Polizei in Gebweiler erklärt wurde, man würde kein Bedenken haben, das Statut zu genehmigen, sofern es sich nicht um Böhln handeln würde und die Mitglieder des Vereins nicht zu mehr als der Hälfte ihrer Zahl aus Sozialdemokraten beständen. In dem Turnverein sei ein verfeinerter sozialpolitischer Verein zu erbilden. Auch der Herr Kreisdirektor war der letztern Meinung und so sind die Statuten nicht genehmigt worden.

Vermuthlich wird nunmehr auch die andere Hälfte der Mitglieder des Turnvereins sich der Sozialdemokratie zuwenden. Es ist wenigstens über den Gang der Dinge, daß ungesetzliche Maßnahmen der Behörden die Leute von der Wichtigkeit der sozialdemokratischen Forderungen schneller überzeugen, als dieß in Wege der Agitation unserer Parteigenossen möglich ist. Die „widergewonnenen Reichthümer“ werden davon keine Ausnahme machen.

Zur Frage der unentgeltlichen Weerdigung, die bekanntlich auch im neuen Programm der Sozialdemokratie Deutschlands gefordert wird, berichten schweizer Blätter aus Bern: „Die aus allen Parteien zusammengesetzte Kommission für Einführung der unentgeltlichen Weerdigung hat wacker gearbeitet. Mit 1800 Unterschriften — zu einem Initiativbegehren in Gemeinde-Angelegenheiten sind 500 Unterschriften erforderlich — tritt diese Kommission nun nächstens vor die städtischen Be-

örden. Der Gemeinde würde eine jährliche Ausgabe von 30 000 Franks entstehen, welche Summe die gut situirte Bundesstadt sehr wohl zu tragen vermag.“

Der Quersfurter Arbeiterverein verhängte für seinen Bezirk den Boykott über die Halle'schen Biere auf solange, als die Halle'schen Brauereien der Sozialdemokratie nicht ihre Versammlungslokale zur Verfügung stellen.

In Gernsdorf (Sachsen) wurde bei den Gemeindevahlen am 7. Dezember zum ersten Mal ein Sozialdemokrat gewählt.

Redakteur Braun, der Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung „Schlagel und Eisen“, welcher am Weihnachts-Heiligabend in St. Johanna verhaftet wurde, ist nicht identisch mit dem gleichnamigen früheren Redakteur des „Vorwärts“. Letzterer ist gegenwärtig Redakteur der „Münchener Post“. Die bezügliche Nachricht mehrerer Blätter ist falsch.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Gleichfalls am Weihnachts-Heiligabend ging dem Redakteur Lingweiler von der Elberfelder „Freien Presse“ eine auf den § 130 Str.-G.-B. (Ausreizung verschiedener Bevölkerungsklassen) geführte Anklage zu.

— Wegen Beleidigung des Fabrikbesizers Brückner in Galbe hat der Redakteur Berg von der Halberstädter „Sonntags-Zeitung“ 100 M. zu zahlen oder 10 Tage Gefängnis zu verbüßen.

— Redakteur Groth von der Bielefelder „Volksmacht“ wurde vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe event. zu 15 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er zur Theilnahme an einer polizeilich nicht genehmigten „Versammlung unter freiem Himmel“ durch ein Inserat eingeladen hatte. Die „Versammlung unter freiem Himmel“ befand in der Cassalle-Feier bezw. in einer Waldpartie der Parteigenossen. Gegen das merkwürdige Urtheil ist Berufung eingelegt.

— Zwei Vorstandsmitglieder der Bielefelder „Freien Vereinigung der Frauen und Mädchen“ haben je 15 M. Strafe zu zahlen, weil in diesem Verein ein Inserat über die Stellung der Frau zur Sozialdemokratie gehalten, also über Politik gesprochen worden ist.

Soziale Uebersicht.

Die Tabakarbeiter in Osterode haben die Arbeit niedergelegt, weil sie Waare für die Fabrik Gebr. Goerlich in Brandenburg liefern sollten, deren Personal sich im Ausstand befindet, und ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Ueber den Stand des Handschuhmacher-Streiks wird uns geschrieben:

Es befinden sich noch im Ausstand 130 Handschuhmacher. Die Fabriken des Amerikaners Hopp in Friedrichshagen und Burg, wo die Arbeittheilung eingeführt wird, haben keine anderen Veränderungen aufzuweisen, als daß daselbst 25 Handschuhmacher mit dem Anknurren von jungen Leuten sich beschäftigten. Durch diese Streikbrecher ist Herr Hopp in den Stand gesetzt, uns Widerstand zu leisten. In Gameln ist ebenfalls der Versuch zur Arbeittheilung gemacht, und wie in einer öffentlichen Handschuhmacher-Versammlung ausgeführt wurde, die Bezahlung für weibliche Arbeiter sehr gering; so erhalten diejenigen, welche dreifachen, pro Duzend 8 Pfennige, während sonst überall dafür 25 Pf. bezahlt werden, ferner werden für Allongiren und Einlegen 8 Pfennige pro Duzend bezahlt, während sonst dafür 20 Pf. vergütet wird. Es kann unter solchen Umständen nur ein Verdienst von 4,50 M. die Woche verdient werden — ein Lohn, der sich kaum mit den Verdiensten der Weber aus dem Gulegebirge messen können.

J. A. des Verbands-Ausschusses: Georg Schneider, Brandenburg.

Für 6 Tage Arbeit, die er im Alford zu leisten hatte, bekam in Brandenburg ein Lehrling sage und schreibe 85 Pf. Lohn. Davon gingen an Krankebeitrag 15 Pf., für erhaltenen Kaffee 10 Pf., Beitrag zur Invalidenversicherung 5 Pf., ferner 50 Pf. für die Sparkasse, Summa Summarum 80 Pf., so daß dem armen Teufel von Lehrling nach einer Woche Arbeit nur 5 Pf. verblieben. Man sieht, wie leicht es die Unternehmer dem Arbeiter machen, schon von früherer Jugend an sich ein „Kapitalchen“ zu sparen, wie Herr Eugen Richter so schön sagt.

Nach dem endgiltigen amtlichen Ergebnis der Volkszählung betrug die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1880 im Königreich Preußen ohne Helgoland 29 955 281 Personen (gegen 1. Dezember 1875 mehr 1 636 811) und zwar in der Provinz Ostpreußen 1 958 688 (weniger 812), Westpreußen 1 438 681 (mehr 26 452), Stadt Berlin 1 078 794 (mehr 288 807), Provinz Brandenburg 2 541 788 (mehr 198 892), Pommern 1 520 589 (mehr 15 514), Posen 1 751 842 (mehr 96 024), Schlesien 4 224 458 (mehr 112 230), Sachsen 2 580 070 (mehr 161 040), Schleswig-Holstein 1 217 437 (mehr 67 131), dazu Helgoland 2086, Hannover 2 278 361 (mehr 105 659), Westfalen 2 428 661 (mehr 224 081), Hessen-Nassau 1 664 426 (mehr 71 973), Rheinland 4 710 891 (mehr 365 894), Hohenzollern 64 085 (weniger 695), Bayern 5 594 982 (mehr 174 785), Königreich Sachsen 3 502 864 (mehr 820 681), Württemberg 2 036 522 (mehr 41 837), Baden 1 697 867 (mehr 56 612), Hessen 962 868 (mehr 35 272), Mecklenburg-Schwerin 578 542 (mehr 3490), Sachsen-Weimar 926 091 (mehr 12 141), Mecklenburg-Strelitz 97 978 (weniger 898), Oldenburg 854 969 (mehr 18 448), Braunschweig 408 773 (mehr 81 321), Sachsen-Meiningen 229 832 (mehr 8945), Sachsen-Altenburg 170 864 (mehr 9404), Sachsen-Coburg-Gotha 206 513 (mehr 7684), Anhalt 271 968 (mehr 23 797), Schwarzburg-Sondershausen 75 510 (mehr 1904), Schwarzburg-Rudolstadt 85 988 (mehr 2027), Waldeck 67 281 (mehr 706), Neuhäutere Linie 62 754 (mehr 6850), Neuhäutere Linie 119 811 (mehr 9213), Schaumburg-Lippe 39 188 (mehr 1959), Lippe 128 495 (mehr 5288), Lübeck 76 486 (mehr 8827), Bremen 180 448 (mehr 14 815), Hamburg 622 580 (mehr 108 910), Elbth-Bohring 1 638 806 (mehr 36 154); Deutsches Reich ohne Helgoland 49 436 984 (mehr 2 570 680).

40 Prozent aller englischen Arbeiter müssen, wenn sie über 65 Jahre alt sind, Armenunterstützung beziehen. Dies theilte der Statistiker Charles Booth in einem Vortrage mit, welchen derselbe vor einigen Tagen in der Statistischen Gesellschaft zu London über das Thema „Armenversicherung“ hielt. Die Mittheilung hat unter den wohlhabenden Leuten Sensation erregt und es heißt, daß die Altersversicherung schon in aller nächster Zeit eine hervorragende Stelle in dem „sozialen Reformprogramm“ der Whigs und Tories bilden werde. Charles Booth schlägt 5 Schillinge (rund 5 Mark) als Wochenunterstützung für die alten Arbeiter vor, eine Summe, welche — wie das „Postjournal“ „St. James Gazette“ richtig bemerkt — nicht genügend ist, um den Empfänger vor der Armenunterstützung zu bewahren, aber absetzt und relativ doch weit höher wäre, als die ca. 33/3 Pf. pro Tag, welche das Deutsche Reich dem alten Arbeiter zahlt und erst dann zahlt, wenn er über 70 Jahre alt ist. Aus der Ermittlung des genannten Statistikers erhellt übrigens wieder einmal aufs Deutlichste, wie fabelhaft groß die Ausbeutung des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft ist.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Einstellung beizubehalten. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

M. S., Müllerstr. 8. Das können wir nicht wissen. Sie müssen den Inhalt wiederholen.

F. F., Chausseestr. 51. Sie wollen den Betreffenden wohl anpumpen? Da kommen Sie an den Unrechten.

H. P., Wenden Sie sich an den Vorstehenden, Stadtvogt.

H. S., Celsusstr. Ohne Kenntnis der Statuten des betreffenden Vereins können wir nicht prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Ausweisung eines Mitgliedes statthaft ist.

H. G. 1. Sie sind wahlberechtigt. 2. Die Kosten müssen Sie zahlen. 3. Die Mietsteuer ist richtig berechnet.

H. M. Wenn Sie das Bier für Ihren Gewerbebetrieb erhalten haben, so verjährt die Schuld erst in 30 Jahren, sonst am 31. Dezember d. J. Die Verjährung wird durch bloße Mahnung nicht unterbrochen, wohl aber durch Zustellung der Klage oder des Zahlungsbefehles oder durch eine Anerkennung oder eine Ratenzahlung Ihrerseits.

H. T., Altenwald. Nur wenn Jemand wegen Meineides bestraft ist, darf derselbe eidlich nicht mehr vernommen werden.

Bei jeder anderen Bestrafung ist es Sache des Gerichts, ob es dem Zeugen trotz seiner Bestrafung Glauben schenkt oder nicht.

H. S., Barwalderstr. Der Betreffende kann das vorausbezahlte Kaffeegeld nur dann zurückfordern, wenn er nachweislich unter ausdrücklichem Vorbehalt gezahlt hatte.

H. S. Bei der Leistung des Offenbarungseides muß man angeben, was und für wie viel man verpfändet hat, sowie was man von Jemandem z. B. an geliehenem Gelde zu fordern hat. Sachen, welche die Frau in die Ehe gebracht oder geschenkt erhalten hat, brauchen nicht angegeben werden.

H. T. Zwischen „zeitlich“ und „lebenslanglich“ besteht kein Unterschied.

100. Bräutigam. Der Schloßwirth, ebenso wie die Schloßleute können nur vom 15. zum nächsten 1. kündigen. Die Kündigung zum nächsten 1. hat aber auch Gültigkeit, wenn sie schon vor dem 15. erfolgt.

H. K., Stephanstr. Sie können den Wirth auf Gewährung eines Ofens verklagen, da nur ein heizbarer Raum als Schanklokal anzusehen ist. Wir raten Ihnen aber nicht, wenn Sie den Ofen selbst haben setzen lassen, den Betrag von der Miete abzugreifen. Klagen Sie lieber selbst.

Alter Abonnent. Natürlich können Sie im Falle einer Kündigung nur den jetzigen Wochenlohn zu Grunde legen, nicht den früher einmal gezahlten.

Zwei Bettende 100. Der Arbeitgeber macht sich zwar nicht strafbar, muß aber das zuviel Abgezogene herausgeben.

Frau L., Blumenthalstr. Sie können den Prozeß gegen die Erben des Verklagten aufnehmen. Wir raten Ihnen jedoch, sich hierzu eines Anwalts zu bedienen, da die Sache nicht so einfach ist.

H. G. 1. Ihre Naturalisierung ist zwar gesetzlich möglich, aber völlig in das Ermessen der Behörde gestellt. Wir raten Ihnen nicht zu dem Antrage auf Naturalisierung, da demselben gerade bei Russen nur selten stattgegeben wird, und manchmal die Ausweisung als Antwort erfolgt. Im Falle der Genehmigung des Antrages würden Sie hier militärfähig sein.

Villa 71. Billard ist kein eigentliches Glücksspiel, weil es dabei auch auf die Geschicklichkeit des Spielers ankommt. Daher macht sich ein Wirth, der Billardspielen um sehr hohen Einsatz in seinem Lokale duldet, nicht strafbar.

D. S., Stettin. Sie können nur am 15. zum 1. kündigen, nicht umgekehrt.

H. 50. Sie sind nicht zur Stadtverordneten-Wahl berechtigt, können aber verlangen, daß Sie in den preussischen Staatsverband aufgenommen werden, und haben dann das Wahlrecht.

H. G. 100. 1. Sie können, sobald Sie sich verheirathet haben, das Kind auf Ihren Namen schreiben lassen. Vorsichtshalber erzählen Sie aber dem Standesbeamten den Ehestand.

Theater.

Donnerstag, 31. Dezember.
Spernhaus. Der Dorfbarber. — Wiener Walzer.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. — Die Bälle.
Festung-Theater. Die Dame in Schwarz.
Deutsches Theater. Der Oboist. — Schwiagemama.
Berliner Theater. Esther. — Der Geizige.
Residenz-Theater. Madame Mon-godin.
Wallner-Theater. Gewagte Mittel.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Mikado.
Thomas-Theater. Klaffer.
Sellrakiance-Theater. „Pech-Schulze.“
Ordn-Theater. Der Hüttenbesitzer.
Adolph Ernst-Theater. Der Langtanzel.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Kronprinz-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Brüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Park-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Harlekin.
 Donnerstag, den 31. Dezember 1891, Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“ oder Ebbe und Fluth. Große hydrologische Ausstattung. Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (90 Damen), Aufzügen u. Neue Einlage: „Tschokkessentanz“. Ferner Dampfboot und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten sowie neuen Arrangements vom Direktor E. Renz. — Außerdem: Prinz Carnaval und sein Gefolge, sou-equestre Arrangement mit 12 Freizeits-pferden, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. The gold bird, geritten von Fr. Clodius Hager. Eine Vergnügungsfahrt mit versch. Hindernissen von der Elton-Troupe. Ein Mexikaner Wandver, ger. v. 12 Herren Gessch. Cottrolly, Equilibristinnen. Auftreten der Keitkünstlerinnen Mlle. Thoresina und Fr. Nalle, sowie der Keitkünstler Mr. Franks und Herrn Jules. Romische Entrees und Intermezzo von sämtlichen Clowns.
 Freitag (Neujahr) 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei): Die Touristen. Großes Ausstattungstüch. Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland. — Sonntags: Auf Helgoland. — Sonntag 2 Vorstellungen.
 E. Renz, Direktor.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege
Rudolf Jenischewsky
 am 28. Dezember verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am 1. Januar, Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien aus statt. 794b
Die Kollegen der Pianofabrik von E. Otto.
 Der Gärtler Paul Beese ist am 29. Dezember Kögensstr. 10 bei Rietze verstorben. 791b

Achtung!

Alle diejenigen Genossen, welche noch Sammelkarten von den Kommunal-Wahlen in Händen haben, ob leer oder voll, werden ersucht, dieselben sofort retour zu liefern. Zugleich ersuchen wir die Bezirksführer mit den Zentral-Wahlkomiteesmitgliedern ihres Kreises bis 31. Dezember abzurechnen. 430/4
Das Zentral-Wahlkomitee.
 Im Auftrage:
Otto Klein, Schönleinstr. 6.
 Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.** Gute Speisen und Getränke, 2 Kegelsbahnen, Billard, sowie 11. Vereinsaal für 150 Personen steht Vereinen noch für einige Tage in der Woche zur Verfügung. [17702]

Otto Klein,

Schönleinstr. 6.
 Halte mein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal** zum „Alten Bräuerchen“, Reinickendorferstr. 39, Ecke der Liebenwalderstr., allen Fremden und Genossen des hohen Nordens bestens empfohlen. 684b
Fritz Bolz, Schankwirth.
 Heute **gr. Karpyen-Ausschieben** b. Gen. Drügemüller, Wienerstr. 31.
Rum, Punsch, Glühwein, Champ., Fl. 1,50 M., sowie meine beliebten Spirituosen und Weine bringe hiermit meinen geehrten Abnehmern in Erinnerung. Franz Boyer, Prinzenstr. 15. 1642L

Billigste Bezugsquelle für Gold- und Silberwaren
A. Oertel jr., Lindenstr. 111, nahe dem Belle-Alliance-Platz.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstr. 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Folgende Inhaber von Schlächtereien sind Mitglieder des Fachvereins und treten für die Interessen der Schlächter-gesellen ein: 787b
E. Mercier, Böckstr. 4.
J. Dammerow, Markthalle Adlerstr. 39.
 Das Agitations-Comité der Schlächter-gesellen Berlins.
 J. A.: Fr. Gasmann, Lindenstr. 10

Jede Uhr 1053L
 zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Outgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu ermäßigten billigen Preisen. 42L
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher. Androsstr. 62, Chausseestr. 78, 3. Geschäft: Chausseestr. 34.

Nothabak A. Goldschmidt, Evandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt scharf brennende Cakete.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Evandauerbr. 6, am Hache'schen Markt. [746]

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Ausstehende Sammelkarten

für die streikenden Buchdrucker bitten wir sofort abzuliefern an die Kommission der Buchdrucker in Gratweil's Bierhallen.

General-Versammlung

der Allgemeinen Unterstufungsstufe für Lederzurichter im Polizeibezirk Berlin (E. S. Nr. 50) am Sonntag, den 17. Januar 1892, Vormittags 11 Uhr, Weinstraße 11 bei Feindt.
 Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1891. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl eines 1. Vorstehers. 4. Wahl eines Schriftführers. 5. Wahl eines Beisitzers. 6. Wahl der Erbsamänner. 7. Geschäftliches. 792b
 Der Vorstand. G. Basse.

Vergnügungsverein „Amor“ II.

Donnerstag, den 31. Dezember (Silvester), Abends 7 Uhr, in Kurbel's Salon, Radstr. 58:
Gr. Wiener Maskenball.
 Beitrag 10 Pf. Um rege Theilnehmung wird gebeten.
 Das Komitee.
 J. A.: Paul Heitmann. 197/10

Verband der Möbelpolierer

Berlins und Umgegend.
 Donnerstag, den 31. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 38 bei Henke:
Gemüthliche Sylvester-Feier mit Damen.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 Der Vorstand. 282/13

Sozialdemokr. Neujahrswünsche.

Wiederverkäufern Rabatt.
Carl Scholz, Brangelstr. 32. 17722L

Schuhe u. Stiefel mit Kontrollmarken.

Unsere Schuhwaren von der durch die im Vorjahr ausgesparten Schuhmacher Erfurter gegründeten Schuhfabrik sind auf folgenden Stellen zu haben:
Chr. Geyer, Oranienstr. 202.
 2. Geschäft: Bödenstr. 17, Ecke Bülowstr.
C. Nitschke, Kastanien-Allee 86.
G. Zerbe, Ritterstr. 114 nahe d. Fürstenstraße.
W. Anders, Gerichtstraße 82.
M. Buchholz, Köpenick, Grünstr. 82.
Seeger, Putzstr. 41.
C. Klein, Buchholzerstraße 4.
Hermann Bath, Berlin (Moabit), Waldstr. 87.
Deutsche Schuh-Fabrik in Erfurt. 1247L

Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
 kauft man am billigsten in der Fabrik von **J. Brünn, Hadericher Markt 4** (Stadtbahnhof Wriezen).
 In 15 Stunden 829b
 lehre ich einen jeden, auch schon in vorgerücktem Alter, ohne jede Vorkenntnisse, schon und geläufig schreiben (8 M.), sowie Rechnen, Buchführung, Engl., Französisch. Dir. Köhner, Rosenthalerstr. 8, Lamenturje

Steppdecken!!
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefevres Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. [1146L]
 1 Posten **Schlafdecken** mit kleinen reinw. Flecken
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
 3 Uhr. Preisliste gratis u. franko.

Ein Schankgeschäft b. z. verkaufen. Näheres Bergstr. 10 b. Recker. [788b]
 Frl. Schlast. Prinzenstr. 21, 5. 8. Et. 1.
 Frl. möbl. Zimmer für 12 M. bei Herz. Barnimstr. 31. 795b
 2 große Läden passend zum Material u. Restaurant, preiswerth zu vermieten. Näheres b. Verwalter, Duffenstr. 14. [772b]
 Eine freundl. Wohnung p. 1/1. 92 für 20 Mark p. Monat b. Verwalter, Schönleinstr. 31 oder Rylestr. 24, Crematich. 621b
Arbeitsmarkt.
 Tüchtige **Prüger** auf Lugsapapier finden lohnende Beschäftigung bei [790b] **Wilh. Boshmo, Reichenbergerstr. 158.**
 Hierzu eine Beilage.

Gratweil'so he Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
Auftreten der Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten **Mittags-tisch à la Duval.** 3 Kegelsbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1160L

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködmann.
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pilsener-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 163a, Ecke Behrenstr.
Colossal-Gruppe Bauern-Aufstand!
Der Unverwundbare Soliman ben Aitta.
 12 Uhr und 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum. Neu: Die Sündflut
 mit Donner, Blitz, Regen und Windstößen etc.
Präuser's anatomisches MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 Tägl. von früh 9 b. Ab. 10 für erwachs. Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. [1421L]

Nieff's Fest-Säle, 17. Weberstr. 17. [795b]
 Besondere Umstände halber ist noch ein Sonnabend im Februar zu vergeben.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlsru.
 Donnerstag, den 31. Dezember 1891, Abends 7 1/2 Uhr: **Große Vorstellung** bestehend aus 10 der vorzüglichsten Repertoir-Nummern. Gastspiel der weltberühmten **Goldbrü-Truppe**, die sieben kleinsten Menschen der Welt.
 Geschlich geschüt. 3 um 3. Male:
M. W. W. oder: **Berliner Kinder im Sommer und Winter.** Große Wasser- und Feuer-Pantomime mit großartiger Ausstattung in 2 Abtheilungen und 10 Bildern, Apotheose, Ballet, Evolutionen und Gruppierungen von Haps, in Szene gesetzt u. arrangirt vom Direktor G. Schumann. Schlaf-bild: **Christnacht-Apotheose** mit neuen sensationellen Wasser-, Licht- u. Feuer-Effekten, einger. von Ober-Maschinen des Theatre Chatelet in Paris, Monf. Joseph Couprant. Kostüme, Dekorationen und Requisiten auf das Elegante eingrichtet. Dearinnen-Konzert auf dem Wasser von der Goldbrü-Truppe.
 Freitag, 1. Januar (Neujahr): **2 große Vorstellungen.** Nachmittags 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen **Goldbrü-Truppe.** Nachmittags: **Eine ländliche Hochzeit.** Abends „M. W.“

Menagerie Falk
 Brunnenstr. 83, zwischen dem alten Viehhof und Humboldthain, enth. über 100 der seltensten Thiere. Gobiltsiet von 10 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Tägl. Dressur-Vorst. 4 Uhr, 6 Uhr und 8 Uhr:
der Wunder-Elephant Bepi mit 1 Meter langen Stoßhähnen, vorgef. v. Fr. Ella Falk. Oxyritien mit Löwen, Königstigern, Wölfen, Hyänen u. durch Herrn Rob. Falk und Fräulein Ella Falk. 17592
 Entree 50 Pf. II. Pl. 60 Pf. I. Pl. 80 Pf.

Ball-Lokal, größtes der Hafenhaide (bis 2000 Personen fassend), ist für einen größeren Verein zum **30. Januar cr.** unentgeltlich zu haben. Offerten unter X. 300 nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen. 17762

Rum, Punsch, Grogg, Glühwein, empfiehlt von 1/2 Liter an zum Groß-Preise 798b
G. Fürstenau, Mantelstr. 53, Ecke Reichenbergerstraße.

Svensk Punsch in 1/2 Ltr.-Fl. à 1,50 M. empfiehlt **Franz Beyer, 1738L**
Prinzessinnenstraße 15.

Entwurf

zu einem Ortsstatut für die Stadt Berlin, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin.

Der Magistrat von Berlin hat einen Entwurf zu einem Ortsstatut, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, veröffentlicht, der in einiger Zeit die Stadtverordneten-Versammlung beschließen wird.

Das Ortsstatut muß sich natürlich auf das betreffende Gesetz vom 29. Juli 1890 stützen und dürfte von demselben nicht abweichen. Daran folgt, daß dieses vorliegende Ortsstatut bedeutend schlechter ist, als dasjenige, das vor längerer Zeit zwischen Magistrat und Stadtverordneten vereinbart war, aber von den Aufsichtsbehörden nicht genehmigt wurde. Es ist jetzt außer Erörterung alles, was Zweck, Nützlichkeit, sowie Zusammenfassung des Gewerbegerichts betrifft, was auf Wahlrecht und Wählbarkeit sich bezieht, das Verfahren vor dem Gerichte und die ganze Prozessführung.

Das Ortsstatut hat hauptsächlich nur das Wahlverfahren frei zu ordnen gehabt und können nur an diesem vielleicht Abänderungen versucht werden. Wählbar ist nach dem Gesetz vom 29. Juli 1890 jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit mindestens einem Jahre im Bezirke des Gewerbegerichtes arbeitet oder Wohnung hat.

Der Entwurf zum Ortsstatut schlägt vor, daß zur Aufstellung der Wählerlisten die wahlberechtigten Personen, welche an der Wahl teilnehmen wollen, sich in einer bestimmten Frist an besonderen Anmeldestellen unter Vorlegung eines Zeugnisses der Betriebsunternehmer, bei welchen sie gearbeitet oder der Polizeibehörde anmelde n. Wer sich in der gesetzten Frist nicht anmeldet, dessen Wahlrecht ruht bis zur nächsten Aufstellung der Listen. Gegen diese Bestimmung können wir einen Einwand nicht machen. Es giebt absolut kein anderes Mittel, um eine Wählerliste zu erhalten, da ja sonst Listen der Arbeiter in Berlin nicht geführt werden. Die Indifferenten, die die Anmeldung nicht vornehmen, zeigen, daß sie an der Wahlhandlung kein Interesse haben. Sache der Organisation und Agitation wird es sein, die zielbewußten Arbeiter zur rechtzeitigen Einzeichnung in die Wählerlisten zu veranlassen und ihnen dabei behilflich zu sein.

Die Wahl ist direkt und geheim nach der Vorschrift des Gesetzes.

Der Magistrat schlägt vor, aus den Arbeiterkreisen 210 Weisiger zu wählen, die der Reihe nach als Richter einberufen werden. Da nach den Bestimmungen des Ortsstatutes darauf gesehen werden soll, daß möglichst mindestens einer der zum Schiedsrichter einberufenen Arbeiter (es werden zu jeder Sitzung zwei Arbeiter berufen) demselben oder einem verwandten Berufszweige angehören soll, wie die streitenden Parteien, so wird es sehr wünschenswert sein, daß sich die 210 gewählten Weisiger auf die verschiedenen, in Berlin betriebenen Gewerbe möglichst gleichmäßig nach der Wichtigkeit derselben verteilen.

Wir glauben nicht, daß der vom Magistrat vorgeschlagene Wahlmodus dieser selbstverständlichen Anforderung genügen möchte.

Es wird nämlich vorgeschlagen, die Wahl nach den Wahlbezirken vorzunehmen, welche für die dritte Wählerklasse für die Stadtverordneten-Wahlen gebildet sind. Der Magistrat bestimmt, wieviel von den 210 Arbeiter-Weisigern in jedem dieser Wahlbezirke gewählt werden sollen.

Wir sind der Ansicht, daß die Zersplitterung der Wahlagitation bei dieser Art der Wahl eine inkonsequente Auswahl der Weisiger nach den Gewerken nicht gestattet.

Es wird lediglich dem Zufalle und der mehr oder weniger regen Agitation in den einzelnen Gewerken überlassen bleiben, welchen Gewerken die Gewählten schließlich angehören. Es kann sich leicht ereignen, daß einige große, gut organisierte Gewerke alle ihre Kandidaten durchsetzen und so ein ganz unerwünschtes einseitiges Ergebnis erzielt wird.

Wir würden daher dafür sein, daß die 210 Weisiger durch eine Liste im ganzen Berliner Bezirke gewählt werden. Man könnte dann leicht in Vorversammlungen

sich über die Kandidaten verständigen, die Plätze nach den Gewerkschaften systematisch verteilen, und so eine Zusammenfassung der Körperchaft der Weisiger erzielen, die allen Anforderungen genügen möchte.

Man wendet von Seiten der städtischen Behörden ein, daß die Wahl mit einer so großen Liste für die Arbeiter zu schwierig sein möchte.

Wir sind dieser Ansicht nicht. Die zu verteilenden Wählerlisten dürfen natürlich nur die 210 Namen enthalten. Wenn nun neben jedem Namen ein Raum zum Einschreiben eines anderen frei bleibt, und eine kurze und klare Instruktion der Liste beigelegt wird, die sagt, daß der Wähler jeden beliebigen Namen streichen und dafür einen anderen setzen kann, so glauben wir nicht, daß mehr ungültige Wählerlisten abgegeben werden würden, als es auch bei kleinerer Zahl der zu wählenden Personen in der Regel geschieht.

Die dem Gesetze entsprechende Bestimmung, daß solche Arbeiter, die bei Innungsmeistern arbeiten, für deren Innung ein Innungsschiedsgericht besteht, weder Wähler sein können, noch wählbar sind, wird in der Praxis für Berlin sehr große Schwierigkeiten bereiten.

Einerseits werden die Arbeiter es nur in seltenen Fällen wissen, ob der Meister, bei dem sie arbeiten, Innungsmeister ist oder nicht, dann wird bei dem sehr häufigen Wechsel der Arbeitsstelle in manchen Gewerken ein Arbeiter, der heute bei einem Nicht-Innungsmeister arbeitet, sich in die Liste eintragen lassen, aber über die zehn Tage, wenn die Wahl stattfindet, vielleicht schon bei einem Innungsmeister in Arbeit stehen. Er wird nun nicht wissen, ist er Wähler oder nicht.

Noch schlimmer wird es für die erwählten Weisiger sein, die später bei Innungsmeistern in Arbeit treten. Sie verlieren dadurch das Recht, Weisiger zu sein. Der Einberufer des Weisigers kann das nicht wissen, der Weisiger wird es oft selbst nicht wissen, daß er bei einem Innungsmeister arbeitet. Der Rechtspruch aber, an dem dieser nicht qualifizierte Weisiger teilgenommen hat, ist ungültig.

In, es kann leicht kommen, daß ein so großer Teil der Weisiger zeitweise bei Innungsmeistern in Arbeit tritt und also sein Recht als Weisiger mitunter verliert, daß die Befehung des Gewerbegerichtes überhaupt Schwierigkeit macht.

Dann ferner: Wenn ein gewählter Weisiger durch Eintritt in Arbeit bei einem Innungsmeister sein Amt hat niederlegen müssen, lebt sein Recht wieder auf, wenn er nicht mehr beim Innungsmeister arbeitet?

Wir wollen es heute bei der Erörterung dieser Gesichtspunkte bewenden lassen. Sie sind die wichtigsten, die bei der Beratung des Entwurfes in Frage kommen werden. Auf andere Punkte zurückzukommen wird sich noch Gelegenheit bieten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Mittwoch, 30. Dezember, Nachmittags 5 Uhr.

Von den Stadtv. Langerhans und Gen. ist ein dringlicher Antrag eingegangen, welcher die Abfindung einer Petition an den Reichstag bezweckt, dahingehend, daß die in den Straßen Berlins aufgestellten Militärposten eine andere Instruktion betreffend des Gebrauchs von Schießwaffen erhalten. Gegen die Verhandlung des Antrages in heutiger Sitzung wird von keiner Seite Widerspruch erhoben; die Diskussion wird am Schlusse der heutigen Tagesordnung stattfinden.

Die Vorlage betr. die Auswahl der im Etatjahre 1892/93 neu bezug. unzugspaltenden Straßen und Plätze ist vom Ausschuss in einigen Punkten abgeändert worden, es sind einige Straßenstrecken abgesetzt, dafür andere neu eingestellt worden, soweit es im Rahmen der für diesen Spezial-Etat ausgeworfenen Mittel möglich war.

In der Diskussion bemerkt Stadtv. Stadthagen, daß es gerade in diesem Jahre angezeigt wäre, wenn der Ausschuss mit

etwas größerer Liberalität Pfasterungen vorzunehmen beschließen hätte. Die Mittel seien doch dazu vorhanden, von einem wirklichen Defizit könne hier keine Rede sein. Nicht soweit Mittel vorhanden seien, sondern soweit ein Bedürfnis vorhanden sei, müsse gepflastert werden. (Lachen und Widerspruch.) Ohne zureichende Gründe seien verschiedene Strecken der Köpenick-, Pankow-, Waldemar- und Thurmstraße abgesetzt worden, die der Neupflasterung aufs Dringendste bedürftig seien. Redner beantragt, diese abgesetzten Strecken in das Verzeichnis wieder aufzunehmen.

Referent Stadtv. Langerhans verweist dem gegenüber darauf, daß man schließlich den ganzen Etat über den Haufen werfen würde, wenn man die Pfasterungsfrage einseitig nach dem Bedürfnis regelte. Weit über 3 Millionen Mark würden ohnehin jährlich verpflostet.

Unter Ablehnung des Antrages Stadthagen wird die Vorlage im Wesentlichen unverändert nach den Ausschussanträgen angenommen.

Die Frage der Wiederbefehung der durch die Wahl des Herrn Jelle zum Bürgermeister im Magistrats-Kollegium frei gewordenen Stelle eines Stadtsyndikus wird dem für die Wahl eines unbeforderten Stadtraths beschlossenen, noch zu wählenden Ausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Die Stadtv. Gsmann u. Gen. beantragen: Den Magistrat zu ersuchen, die nöthigen Schritte dahin zu thun, daß die Diagonal-Kreuzfahrwege vor dem Schillerdenkmal für Fuhrwerk polizeilich gesperrt werden. Stadtv. Siewel will über den Antrag zur Tagesordnung übergehen, da längstens binnen Jahresfrist der beregte Uebelstand beseitigt sein werde.

Stadtv. Meyer II hält dagegen eine neue Anregung in dieser Angelegenheit für höchst wünschenswert, da auf die Abänderung des gegenwärtigen Zustandes doch vielleicht noch recht lange gewartet werden müßte.

Der Antrag Gsmann wird angenommen.

Zur Regulierung des Bürgersteiges auf der Ostseite der Kirchstraße und mit Rücksicht auf den beabsichtigten massiven Neubau der Noabiter Brücke, die eine Breite von 19 Metern erhalten soll, wird vom Magistrat der freibändige Erwerb des Grundstückes Kirchstr. 1/2, jetzt dem Schiffbaumeister Janick gebrüder, für den Preis von 225 000 M. vorgeschlagen.

Die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen.

In Betreff der Anfrage des Stadtv. Bergmann u. Gen. wegen einer event. Umgrünerung des Schlossbrunnens hat der Magistrat erwidert, daß er eine Umgrünerung nicht für erforderlich erachtet, vielmehr das Fortbestehen der ungehinderten Zugänglichkeit empfiehlt.

Stadtv. Bergmann will sich, nachdem von allerhöchster Stelle gegen das Gitter entschieden sei, damit bescheiden, hält aber zum besseren Schutz und zur besseren Bewachung des Brunnens gegen große und kleine Straßenschnitten die Aufstellung eines ständigen Schutzmännchens für unentbehrlich und bittet den Magistrat, in diesem Sinne sich beim Polizeipräsidenten zu verwenden.

Stadtv. Singer: Daß der Antragsteller seinen Antrag als erledigt ansieht, nachdem von allerhöchster Stelle eine Ausweisung erfolgt ist, wundert mich nicht; er schließt sich dem Wort *suprema lex regia voluntas an.* (Oho!) Ich habe darüber nicht zu sprechen; dagegen sind die Anregungen des Vortredners wegen erhöhten Schutzes des Denkmals ganz verfehlt. Die Fürsorge der städtischen Behörden für die Instandhaltung dieses Brunnens wird auch ohne Aufstellung eines ständigen Schutzmännchens reichlich geübt werden können. Letzterer würde nur zu einer Reihe von Unzuträglichkeiten führen, und zwar gerade des Brunnens wegen, welches er gegen das Publikum auspricht. Das Publikum soll immer mehr daran gewöhnt werden, selbst Polizei zu üben. Die Anregung des Stadtverordneten Bergmann wäre nur begründet, wenn der Vandalismus und die Rohheit des Berliner Publikums so groß wäre, daß man ein Kunstwerk nicht mit Vertrauen in die Hände der Berliner legen könnte. Wo sind denn solche Rohheiten passiert? Die allgemeine Bemerkung über die großen und kleinen Straßenschnitten ist doch kein Beweis. Diese Denkmäler sind in den Händen der Berliner Bevölkerung mindestens ebenso sicher behütet wie in den Händen jeder andern.

Herr Eugen Richter

macht mir das Vergnügen, in der gestrigen, mir heute erst zu Gesichte gekommenen Nummer der „Freisinnigen Zeitung“ die Wichtigkeit des Bildes zu betonen, welches ich in meiner Schrift „Herrn Eugen Richter's Bildnis aus der Gegenwart“ von ihm entworfen habe. Statt auf die Sache einzugehen, schimpft er genau wie ich es schon auf der ersten Seite meiner Schrift vorhergesagt habe, drei Zeilenlang über meine „Gesinnungswechsel“.

An und für sich habe ich durchaus keinen Anlaß, diesem Thema aus dem Wege zu gehen. Nachdem mich Herr Stephan, der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, zu Ehren des Lindau-Ringes hinterläßt mit einem falschen Eide über meine „Gesinnungswechsel“ angefallen hatte, habe ich in meiner Schrift „Kapital und Presse“ meinen politischen und publizistischen Lebenslauf ausführlich dargelegt und meine Verläumder Stephan, Stein, Brahm u. s. w. zu einem ehrlichen Gange vor den gerichtlichen Schranken herausgefordert. Auch nicht Einer hat sich gestellt, und ebensowenig hat Herr Richter, den ich in meiner Schrift der insamsten, wissenschaftlich betriebenen Gebrauchsdreier überführt, auch nur mit einer Silbe dagegen zu museln gewagt.

Da ich in dem obigen Zusammenhange die Fähigkeit der kapitalistischen Presse im Einzelnen zu erwähnen gezwungen bin, so läge ich hier noch gleich zwei weitere Beispiele an. In dem neulichen Prozesse Marg. Vossische Zeitung“ schwor Herr Stephan, das von ihm geleitete Blatt nähme es sehr ernst mit den innersten Ueberzeugungen der verantwortlichen Redakteure; und nur Leute, die unter Anderem auf dem Standpunkt des Protestantenvereins ständen, dürften zeichnen. Herr Stephan hat da wieder einmal ganz vergessen, was er doch so gut gewußt hat, wie ich es noch weiß, daß der alte, ehrliche Dumas, der zu seinen Zeiten häufig genug zeichnete, ein aus der Landeskirche getretener Freidenker war, dem die Holten vom Protestantenverein noch viel weniger galten, als die Gungen von der Orthodogie. Gerecht hat es mich aber, durch den Zeugeneid des Herrn Stephan zu erfahren, daß er, der in seinem 40. Lebensjahre ein ganz gotteslästerlicher Atheist war, sich in seinem 50. Lebensjahre noch zur religiösen Richtung des Protestantenvereins bekehrt hat. Bei dieser glücklichen Entwicklungsfähigkeit sollte er aber mit dem „Gesinnungswechsel“ anderer Leute nicht gar so unbarmerzig und namentlich nicht gar so falscheidlich ins Gericht gehen.

Ferner: in dem Prozesse, den Herr Richter, das Aufsichtsraths-Mitglied der „Vossischen Zeitung“, gegen mich wegen der Behauptung angestrengt hat, daß er Geldgeschäfte zu einem anderen, als dem landesüblichen Zinsfuß“ betreibt, beschwor Herr M. Klausner, Redakteur des „Berliner Börsen-Courier“,

Natürlich bin ich ebenso verpflichtet wie genügt, mich den Herren, obgleich sie bedauerlicher Weise die Frist zum gerichtlichen Austrage des von ihnen zuerst vor die Gerichte geschleppten Streits haben verschlafen lassen, auch jetzt noch zu stellen, wann und wo es ihnen beliebt, aber so lange sie sich nicht melden, habe ich ein unanfechtbares Recht zu der Behauptung, daß ich in der Schrift „Kapital und Presse“ meine politische Vergangenheit wahrheitsgetreu dargelegt habe, auch in dem, was mir etwa zum Vorneuf gemacht werden kann, wie ich denn die betreffende Darlegung mit den Worten schloß:

Aus den Kreisen der Arbeiterpartei, welche allein ein wirkliches Recht hätte, sich über meinen „Gesinnungswechsel“ zu beschweren, da ich sie damals oft ungerecht angegriffen habe, besäße ich eine Fülle von brieflichen, gedruckten und mündlichen Zeugnissen dafür, daß ich meinen Irrthum reichlich weit gemacht habe, und daran kann ich mir gegenüber den giftigen Verdächtigungen des Lindau-Ringes denn auch reichlich genügen lassen.

Bei dieser Lage der Dinge habe ich aber auch weiter das Recht, es als eine unaufrichtige und unehrliche Kompensweise zu bezeichnen, wenn Herr Richter nach dem seinen Todschweigen meiner Schrift „Kapital und Presse“ jetzt gegen meine neueste Schrift

Herr Richter habe ihm zwar oft Geld geliehen, aber entweder zinslos oder zu fünf Prozent. So verblüffend dieser Eid für mich war, so war es doch eben ein Eid und ich erklärte dem Richter, daß ich bereit sei, meine Beschuldigung des Herrn Richter öffentlich zurückzunehmen. Trotz der Bestürmung des Richters lebte Herr Richter jeden Ausglick ab, unter der Lebenswürdigkeit, mir bei „beiseite“ zugebrannten Versicherung: „Er muß sigen“. So erhob ich die Widerlage, zu deren Verhandlung ein neuer Termin angesetzt wurde, nahm aber um mein willen die Beschuldigungen gegen Herrn Richter durch einen in meine Schrift „Kapital und Presse“ gelegten Karton und die Veröffentlichung von dessen Inhalt in der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. dieses Monats zurück. Wie ich es noch stets bejandene habe, so erwies sich auch diesmal die ehrliche Kompensweise als die glücklichste. Ein Leser des „Vorwärts“ suchte mich auf und überließerte mir das gerichtliche Beweismaterial dafür, daß Herr Klausner an seinen gläubigen Richter wöchentlich im Durchschnitt 10 bis 12 Theaterbilletts zum Preise von 30 bis 40 M. geliefert hat. In dem nächsten Termin werde ich sowohl dies Material produzieren, als auch den Zeugen Klausner in aller Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß ich in seinem Eide vorgeschrieben ist, „nichts zu verschweigen“, wie ich denn auch einige Theaterleute, insbesondere den Direktor Barnay laden lassen werde, um festzustellen, auf welchen dunklen Wegen der Vorsehung der kapitalistische Theaterrentier Klausner zu einem so reichen Segen von Theaterbilletts gekommen ist.

mit denselben wüsten Schimpereien über die „Gesinnungswechsel“ angezogen kommt, wegen deren ich mich in „Kapital und Presse“ ausführlich und sachlich verantwortet habe. Herr Richter läßt wissen, wenn er aus meiner Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ einen neuen „Gesinnungswechsel“ von mir bezuziehen will. Denn er weiß, daß ich schon als Redakteur der „Vossischen Zeitung“ Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ war, und seit Februar 1888, in welchem Monate ich unter meinem Namen meinen ersten Aufsatz in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte, unter den Mitarbeitern dieser Wochenchrift stets öffentlich mit aufgeführt worden bin. Herr Richter läßt wissen, wenn er behauptet, ich suchte in meiner neuesten Schrift „durch Fäthwoellen persönlicher Ausfälle und Schmähungen gegen die freisinnige Partei und Herrn Eugen Richter, insbesondere den Leser über die Seichtheit und Oberflächlichkeit meiner wenigen sachlichen Ausführungen bis ans Ende der sechzigsten Seite durchzuschleppen.“ Denn er hat meine Schrift gelesen und er weiß, daß ich weder ihn, noch die freisinnige Partei „schmähe“, sondern nur sein sozial-politisches Treiben gerade durch die ernsthaften Vertreter der bürgerlichen Dekonomie als eine arbeiterfeindliche Demagogie sachlich nachweise. Herr Richter läßt wissen, wenn er behauptet, daß ich in seinem und seiner Genossen „Sinn“ die „Vossische Zeitung“ redigiert habe. Denn er weiß, daß ich dies Blatt nicht in freisinnig-manchesterlicher, sondern in demokratisch-sozialer Tendenz redigiert habe, wie er denn ja auch so anständig war, die „Vossische Zeitung“ unter meiner Redaktion zur Zeit des Sozialistengesetzes als „gemäßigt-sozialistisch“ zu bezeichnen.

Doch genug, denn was hätte es, diesem verhärteten Lügenpeter jede einzelne Lüge vorzuhalten? Ich habe mir zu seinem Artikel nur das Wort genommen, um für anständige und ehrliche Leute ein wirkliches Thalbesand festzustellen. Handelt es sich um meine „Gesinnungswechsel“, so dreht sich der Streit um meine Schrift „Kapital und Presse“; wer dagegen angehen will, möge es doch lieber heute als morgen thun; ich erwarte die ganze edle Gesellschaft mit dem lebhaftesten Verlangen und sie sollen ihr blaues Wunder erleben, wenn sie noch mehr von den elenischen Geheimnissen der kapitalistischen Presse auf dem öffentlichen Markte sehen wollen. Handelt es sich aber um die arbeiterfeindliche Demagogie des Herrn Richter, so muß ich bitten, daß dieser Ehrenmann sich auf dem Gebiete vertheidigt, auf dem ich ihn angegriffen habe. Wenn er sich durch wüste Schimpereien über meine „Gesinnungswechsel“ zu retten sucht, weil er meine sachliche Kritik seines sozialpolitischen Treibens auch nicht durch den geringsten sachlichen Gegengrund zu entkräften vermag, so bietet er nur das lägliche Bild eines Demagogen, der, auf den schönsten Kniffen und Pfiffen ertrappt, sich nun mit aller Gewalt in ein Maulloch retten will.

Berlin, den 30. Dezember 1891.

F. Mehring.

Wir haben keine Veranlassung, etwas anderes zu thun, als was der Magistrat in richtiger Würdigung der Sachlage beschlossen hat.

Stadtv. Meyer II: Ein Beispiel, wie es Kollege Singer wünscht, liegt vor bei dem Hundsdöbdenmal vor der Universität, wo in roher vandalischer Weise ein Arm abgeschlagen ist. Schon ein solches Beispiel genügt um zu beweisen, daß die völlige Schutzlosigkeit solcher Denkmäler nicht angezweifelt ist. Der Aufforderung Singer's, die Bürgerwehr möchte gelegentlich selbst Polizei üben, bin ich einmal nachgegangen, indem ich einige „Knaben“ aufforderte, nicht gerade auf den ehernen Rehen herumzutreten; ich habe da aber von den Umstehenden einige nicht ganz freundliche Bemerkungen einstecken müssen darüber, daß ich mich in Sachen mischte, die mich nichts angingen (Heiterkeit).

Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Infolge Beschlusses der Versammlung vom 11. Juni cr. war aus Veranlassung einer Petition dem Magistrat zur Erwägung anheimgegeben worden, ob nicht eine schnellere Abfertigung der Käufer von Kofas auf den städtischen Gasanstalten zu ermöglichen sei. Der Magistrat stellt den Bericht des Kuratoriums für das städtische Gaswerkwesen über die Angelegenheit mit, wonach das Kuratorium nachmals Anordnungen getroffen hat, daß bei besonders starkem Andrang durch mögliche Regelung des Verkehrs der Fuhrwerke, durch Verteilung der Stellen zum Verlassen des Kofas und durch Einstellen einer größeren Zahl von Arbeiterkolonnen zum Verlassen jeder Verzögerung in der Abfertigung der Abnehmer entgegen getreten wird.

Die Versammlung nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich mit der Aufstellung der Marmor-Bildsäule des Erfinders der Lithographie, Alois Senefelder, auf dem nahe Treffpunkt der Meier- und Weihenburgerstraße (Thunelplatz) einverstanden zu erklären.

Die Versammlung stimmt dem Gesuchen zu.

Am 23. April d. J. hatte die Versammlung beschlossen, beim Magistrat die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der event. Förderung des Projekts einer Industrie-Ausstellung in Berlin seitens der städtischen Verwaltung anzufragen. Der Magistrat erklärt sich dazu bereit und ersucht die Versammlung, ihrerseits 20 Mitglieder für diese Deputation zu bestimmen, worauf alsdann 10 Magistrats-Kommissarien ernannt werden sollen.

Die Versammlung tritt dem Antrage des Magistrats ohne Debatte bei; die Wahl der 20 Mitglieder wird demnächst stattfinden.

Darauf wird in die Beratung des oben mitgetheilten Antrags Sangerhans betr. den Gebrauch der Schießwaffen durch die Militärposten, eingetreten.

Stadtv. Sangerhans erinnert an die dieser Tage vor der Reichsdruckerei in der Oranienstraße stattgehabte Schießaffäre, bei welcher aus höchst geringfügiger Veranlassung Leben und Gesundheit von Berliner Bürgern in Gefahr gebracht worden sei, und empfiehlt als den kürzesten und praktischsten Weg, die Sache bei den zuständigen Behörden zur Erörterung zu bringen, die Einreichung einer Petition an den Reichstag. Im Jahre 1889 sein ein Antrag, die Versammlung möge mit den betr. Behörden eines ähnlichen Vorkommnisses wegen in Verhandlung treten, abgelehnt worden, weil lediglich durch den Mund des Magistrats die Versammlung mit den Behörden verkehren könne, aber auch, weil man hoffe, die Angelegenheit würde auch noch den Reichstag beschäftigen. Das sei nicht geschehen. Inzwischen wachse die aus der Fortdauer der alten Militärposten-Anstalt von 1867 dem Publikum erwachsende Gefahr bei der zunehmenden Vorzüglichkeit der Waffe und der gesteigerten Durchschlagskraft des Geschosses täglich. Man könnte man ja wieder den Magistrat auffordern, mit den Behörden in Verhandlung zu treten, dann könne man aber auch nicht weiter; man könnte auch an den preussischen Kriegsminister oder die Reichs-Militärverwaltung petitionieren, aber man müßte sich dann mit der erfolglosen Antwort zufrieden geben, auch wenn sie gar nicht bejodrigte. Der Reichstag aber müßte die Petition verhandeln und es sei dort Gelegenheit, der Sache den nötigen Nachdruck zu geben. Sonst schlummerten derartige Angelegenheiten gar zu leicht ein.

Stadtv. Singer: Ich konstatiere mit Befriedigung, daß der Antragsteller die Motive, welche 1889 die Versammlung dazu führten, den von Vogtherr und mir in ähnlicher Sache gestellten Antrag abzulehnen, heute fallen läßt und daß heute nicht mehr behauptet wird, die Stadt Berlin habe kein Recht, sich z. B. an die Kommandantur zu wenden, weil es sich um eine Angelegenheit handle, die keine Gemeinde-Angelegenheit im Sinne der Städte-Ordnung sei. Heute meinte der Antragsteller vielmehr, man könne allerdings an die betreffende Behörde gehen, müßte dann aber sich mit der ergebenden Antwort begnügen. Ich halte namentlich in Rücksicht auf etwaige Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse für wichtig, zu konstatieren, daß diese Auffassung heute verlassen worden ist. — Der Petition selbst will ich recht viel Glück wünschen, ob die Erledigung durch dieses Mittel aber beschleunigt wird, ist zweifelhaft. Es geht bekanntlich damit im Reichstage recht langsam, auch wird ihr möglicherweise schon in der Petitionskommission ein schlechtes Vergütungs- und sie kommt gar nicht ins Plenum. Aber schon der Umstand, daß diese Versammlung sich wiederholt mit der Frage der Instruktion beschäftigt, sollte den Militärbehörden klar machen, daß es so nicht weiter geht. Wir können doch nicht für ganz leichte Vergehen die Todesstrafe einführen! Ohne die Kompetenzfrage anzurühren, ob der Posten sich im vorliegenden Falle, wo es sich nicht um die Abwehr eines Angriffs, sondern um eine Verurteilung des Bürgerwehres handelte, mit Recht einmischte, was soll werden, wenn bei solchen Vorkommnissen auf der Strafe sich der Betreffende die Anrechnung nicht gefallen lassen will und nun sich und die unbedingten Passanten der Gefahr aussetzt erschossen zu werden? Die Verurteilung, von der Schußwaffe in solchen Fällen Gebrauch zu machen, kann unter keinen Umständen länger geduldet werden, das müßte sich doch die Militärbehörde sagen. Gewiß wird die gesamte Bürgerschaft einmütig sein in der Meinung, daß diesem Auswuchs mit aller Macht entgegenzutreten sei, aber ich gebe anheim, ob es sich nicht empfiehlt, neben der Petition durch eine Kollektivpetition, eine Denkschrift an das Kriegsministerium den Versuch zu machen, auf schnellerem Wege die Meinung der Behörde festzustellen. Schaden könnte das auf keinen Fall und jedenfalls würde dann bei der Verhandlung der Petition die Stellung der Behörde zu der Frage schon bekannt sein. Die Bürgerschaft, von deren Steuern das Militär erhalten werden muß, hat das Recht, vor solchen zufälligen oder absichtlichen Kugeln geschützt zu sein.

Stadtv. Birchow beantragt, die Petition an den Reichstag statt an den Reichstag zu richten, da man zuvor den Instanzenweg erschöpft haben müßte, der preussische Kriegsminister aber nicht ohne Weiteres als richtige Instanz anzusehen sei. Außerdem aber sei es besser, die Angelegenheit, wenn thunlich, bei uns im Hause abzumachen, denn eine solche militärische Instruktion bestehe nur in Preußen, nicht im übrigen Deutschland.

Stadtv. Sangerhans kann diese Bedenken nicht theilen: Petitionieren könne die Versammlung an jede Behörde, sie müsse sich dann aber auch mit der Antwort begnügen, die sie erhalte. Die Petition an den Reichstag verleihe allein eine wirkliche Verwirklichung der Angelegenheit durch die Behörde.

Stadtv. Spinoia schließt sich dem Antrage Birchow an. Stadtv. Singer: Ich kann mich mit dem Antrage Birchow nicht befassen. Welche Verzögerung entstehen würde, wenn der Reichstanzler erst von einer Reihe von ihm nachgeordneten Zuständen Bericht einforderte, brauche ich nicht länger auseinanderzusetzen. Direkt ist die Angelegenheit auch nicht Sache des Reichstanzlers; die Instruktion abzuändern ist Sache der Gesetzgebung (Widerspruch), die gesetzgebenden Körperschaften werden Sie also schon mit der Frage betrauen müssen. Dann

aber wird die Verhandlung im Reichstage jedenfalls den größeren Ansehensboden haben. Wenn es überhaupt möglich ist, die Militärbehörden von ihnen, von ihnen natürlich für höchst vollkommene gehaltenen Instruktionen abzubringen, dann muß es die gesamte Bevölkerung sein, die in ihrem Ansehen der Regierung klar macht, daß es mit dieser Instruktion nicht weiter so geht. Ein solches Verfahren ist doch sicherlich wirkungsvoller als irgend ein Schriftwechsel. Beim Militärretat läßt sich ja im Reichstage die Sache auch zur Sprache bringen; wir haben also die Aufgabe, dem durch eine Kollektivpetition über diese unerhörten Ereignisse dort den Boden zu bereiten. Die Absicht, die Sache am eigenen Herde aufzutragen, wird Herrn Birchow nicht gelingen, da jedes Mitglied des Reichstags sie dort zur Sprache bringen kann.

Stadtv. Birchow entgegnet, daß die Petition an den Reichstag nur eine Verzögerung bedeute, da der Reichstag sie nur dem Reichstanzler überweisen könne, der dann seinerseits doch erst Bericht einfordern müßte.

In der Abstimmung wird der Antrag mit der von Birchow beantragten Modifikation angenommen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Lokales.

Die leidige „soziale Frage“ macht bekanntlich den Fremden im Lande ebenfalls bedeutendes Kopfzerbrechen. In jeder Synode, in jeder pastoralen Konferenz, kurz und gut überall da, wo zwei oder drei unserer Kirchenlichter versammelt sind, steht die „soziale Frage“ auf der Tagesordnung und man müht sich zwar mit Ernst und Eifer, aber mit herzlich wenig Geschick ab, an dieser schlimmen Frage mit allerhand weisen Lebensarten herumzudoktern. Mit welchem Erfolg, ist unseren Lesern genugsam bekannt: mit gar keinem, denn da ist mit eitel schönen Worten nichts gehoben. Und über schöne Worte sind die Herren wirklich noch nicht hinausgekommen, wir müßten denn absehen von den Erfolgen des Herrn Hosprediger a. D. Stöder, des Herrn Jesant Spangener Angebots und des Herrn Bedelshaus auf dem Gebiete der „christlichen“ Arbeiterkolonnen. Der Erstere kann noch heute mit Stolz zurückblicken auf seine Thätigkeit in den antisemitischen Rabauersammlungen und auch im Gerichtssaal in Moskau, der Herr hat die Sozialdemokratie so lange „bekämpft“, bis er kalt gestellt wurde und bis die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reiche geworden ist. Der Zweite läßt als „geistige Waffen“ den Knüttel sprechen und der Dritte hat alle Hände voll zu thun, um seine Anstalt wenigstens leidlich über Wasser zu halten.

Während es also mit den Thaten dieser Sozialistenbänder nicht weit her ist, giebt es unter ihrer pastoralen Obhut eine Seite, die mit ihrem sozialen Verständnis die dicksten Hände umzustopfen im Stande sind. Hierfür ebringt jede Synode einen neuen Beweis und auch sonst erblickt hin wieder einmal ein Vorkommnis die Öffentlichkeit, aus welchem hervorgeht, unter welchem Gesichtspunkt man die soziale Frage im Pfarrhause betrachtet. So finden wir in einem konservativen illustrierten Blatt, einem „Familienblatt“ für die gutgeleitete Bourgeoisie, folgende Anzeige:

Suche zum 1. Oktober oder später gebildetes junges Mädchen als Stütze. Gewünscht Erfahrung im Waschen, Plätten, Kochen und Baden, Lust zu jeder Arbeit, Kinderliebe. Kein Gehalt, aber Familienanschluss.

R. bei R., Vorposten. Frau Pastor R.

Das ist doch noch eine Gegenleistung! Die Frau Pastorin will durch ein Mädchen „jung und gebildet“ gekostet sein, d. h. also von den Haus- und sonstigen Arbeiten entlastet werden. Denn das Mädchen, dem dieser Ruheposten zugebacht ist, soll Erfahrung haben im Waschen, Plätten, Kochen und Baden, außerdem muß sie auch noch Lust zu jeder Arbeit zeigen und endlich noch Kinder ganz besonders lieben. Das ist doch unheimlich eine Leistung, wie sie manniacher kaum gedacht werden kann. Und was verspricht die Frau Pastorin für all diese schönen Dinge? — Keinen Gehalt, dagegen aber — weils' ein Edelmuth — Familienanschluss. Wir glauben ganz sicher, daß die menschenfreundliche Arbeitgeberin immerhin noch zahlreiche Bewerberinnen für diesen verlockenden Posten gefunden haben wird, denn die Verhältnisse liegen in Deutschland heute schon so, daß die Arbeitskraft verkauft wird lediglich des Familienanschlusses und des — Essens wegen!

Weißensee. Der hiesige Sozialdemokratische Arbeiterverein hielt am 8. Weihnachts-Feiertag sein erstes Stiftungsfest im Saale des Herrn Demein, Königs-Chaussee, ab. Das Stiftungsfest war verbunden mit Konzert, Theater, Tanz und Gesang, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vorbereitung“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). Als um 5 Uhr die Kasse eröffnet wurde, konnte man bereits sehen, daß die Beteiligung eine große werden würde. Gegen 8 Uhr mußten sämtliche Stühle, die vorhanden waren, herbeigeschafft werden, damit überhaupt nur Sitzplätze geschafft werden konnten. Eine große Anzahl von Personen mußte umstehen. Als der Dirigent der Gesangsabteilung, Herr Bombelle, einen Prolog gesprochen hatte, kam das lebende Bild „Arbeiterklub“ zur Aufführung, welches allgemein als ein durchaus gelungenes bezeichnet wurde. Auch das Theaterstück „Der Hugenot“ rief eine große Begeisterung hervor. Als hierauf Genosse Franz Behrend die Festrede gehalten hatte, beauftragte man sich noch bis in die späte Morgenstunden bei Gesang und Tanz. Man konnte es jedem Teilnehmer ansehen, daß das Fest eine große Befriedigung hervorgerufen hatte.

Die Angehörigen des „Kaiser-Bazar“ haben nicht gerade vergnügliche Feiertage verlebt. Das Unternehmen hat zwar vor den Feiertagen die Klammern gewaltig gerührt und den Zeitungen, welche infolge der Aufgabe von bezahlten Inseraten auch zur unentgeltlichen Aufnahme von Klammern verpflichtet sind, Notizen des Inhalts zugehen lassen, daß der Bazar an den Tagen vor dem Fest wegen zu großen Andrangs (Stundenlang hat geschlossen werden müssen. Dieser gewaltige Andrang mag den Aktionären ganz willkommen gewesen sein, das Personal hat die Arbeit gehabt und die Aktionäre haben den Ueberfluth eingestrichen. Den Hausdienern ist nicht das geringfügigste Weihnachtsgeld gemacht worden, trotzdem dieselben den ganzen Sonntag und die Tage zuvor bis gegen 10 Uhr Abends haben arbeiten müssen. Am heiligen Abend mußte noch ein Theil der Hausdiener von 9 Uhr ab Päckchen austragen, die „Ueberstunden“ wurden mit — 25 Pf. extra bezahlt. Natürlich bezogerten sich diese „Ueberstunden“ auf eine Stunde, denn um 10 Uhr hörte die Sache auf, da die Häuser geschlossen wurden. Allerdings muß konstatiert werden, daß im Ausschicht sich Stimmen erhoben, welche für die Aufhebung eines Weihnachtsgeldes an die Angehörigen plädierten. Einer der Herren aber, der Besitzer einer großen Schuhfabrik, die einen großen Theil ihres Bedarfs in den Straßensalzen und Zuckelhäusern herstellen läßt, wandte sich aber so energisch gegen die Bewilligung einer Weihnachtsgeldzahlung, daß er mit seiner Ansicht durchdrang und die Leute mit leeren Händen nach Hause gehen mußten. Da nun erst am 31. das Gehalt ausgezahlt wird, ging es in mancher Familie sehr knapp her und es half auch Nichts, daß die Weihnachtsgeldsumme so sehr billig waren, mancher war eben nicht in der Lage, sich das Allerbilligste anschaffen zu können. Selbst wenn das Unternehmen nicht im Stande war, Gratifikationen machen zu können, so hätte es sich aber doch gewiß ermöglichen lassen, das Gehalt oder wenigstens einen Theil desselben vor den Feiertagen auszuzahlen, der geringe Zinsverlust, der dadurch entstanden wäre, hätte das große Establishment nicht wadelliger gemacht, als es schon ist. In der Zeit noch Neujahr wird es wohl nicht mehr vorkommen, daß wegen „zu großen Andrangs“ auch nur eine einfache Thür geschlossen wird, —

und Weihnachten 1892? Wer weiß, ob der „Kaiser-Bazar“ dann überhaupt noch Ausschicht-Sitzungen wird abzuhalten brauchen.

Vor dem Circus hat einer unserer Leser am zweiten Weihnachtstage eine Erfahrung gemacht. Er erwirbt uns von seinen Erlebnissen folgende Schilderung: Ich wollte einen Platz bekommen, von welchem aus ich etwas sehen konnte und war deshalb mit Familie so zeitig von Hause weggegangen, daß ich schon um 5 Uhr vor dem Circus anlangte. Um diese Zeit war an der Kasse der 1., 2. und 3. Platz bereits ausverkauft; es gab also für mich keine Eintrittskarten mehr. Freilich hatten sich vor dem Circus eine Menge Biletthändler, sicher 25 bis 30 Stück dieser Spezies, postirt, von denen ich Biletts um den doppelten Preis in Masse angeboten erhielt. Daß war mir doch zu happig, ich packte also Frau und Kinder wieder zusammen und ging in den anliegenden Straßen spazieren. Hier kam ich vor ein Zigaretengeschäft, in welchem ich Biletts zu dem Tagespreise noch erhielt. Ich hatte also Glück, viele Andere aber hatten bei den Händlern das Doppelte abgeben. Ich stürzte mich wieder nach den geheiligten Circushallen zurück und postierte mich sammt Kind und Kegel vor die Thür. Da gab es schon ein mächtiges Gedränge. Als wir uns ein nettes halbes Stündchen hatten von einer Seite zur anderen schieben lassen, gab's plötzlich einen großen Knack; die über 2 Meter breite eiserne Thüre wurde geöffnet und zwar — nach Außen! Daß ging mit einem solchen Knack vor sich, daß die Trauherstehenden durcheinanderlachten und Staboly schossen zum Erbarmen. Es gab ein lächerliches Gejohle und Spektakel, die Menschen lagen in einem Ammel über- und nebeneinander und suchten sich unter großen Damento ihre Gebeine und sonstigen sieben Sachen zusammen. Nachdem ich meine Familie zusammen gesucht und, so gut es ging, reparirt hatte, ging's endlich „ein in't Verjüngling“. Da fiel meiner Frau eine verlockende Aufschrift in die Augen: „Für Damen“. Ein Blick genügte, um mich zu vergewissern, daß meine Frau auch diese Annehmlichkeiten des Zirkus kennen lernen mußte. Ich hatte kaum einige Schritte weiter gethan, als ich einen Wortwechsel hörte, an dem meine Frau theilhaftig war. Nach langem Jurastören und Schimpfen und Frogen brachte ich endlich in Erfahrung, daß ohne die Zahlung von 15 Pf. ein Eintritt in „Für Damen“ überhaupt nicht möglich sei. Und da ich an diesem Tage die Kasse führte, hatte meine Frau kein Geld bei sich. Endlich waren wir auf die Plätze gestolpert, sahen wenig, tranken theures und abgestandenes Bier und gankten uns dann noch den ganzen Abend über unseren „Gauß“. Wenn ich wieder nach dem Zirkus gehen sollte, werde ich mich vorher in eine Lebensversicherung einkaufen.

Zum Kapitel der geheimen Prostitution war von uns am 1. November in Nr. 264 des „Vorwärts“ ein Beitrag gebracht worden in Form der Mittheilung eines Vorfalles, der darin gipfelte, daß ein Gemeinde-Schullehrer eine junge Dame des Platzes in ihre Wohnung begleitete und diese sich auf Befragen als Lehrerin an einer mit einem Lehrerinnen-Seminar verbundenen Privat-Mädchenschule zu erkennen gegeben habe. Wir bedauern, durch diese Nachricht arg getäuscht worden zu sein, denn die amtlichen Nachforschungen in dieser Angelegenheit haben die Thatsache ergeben, daß die ganze Darstellung des gedachten Vorfalles lediglich auf mäßiger Erfindung beruht, was wir hiermit gern konstatieren.

Vater und Sohn ertrunken. Am Montag Nachmittag in der dritten Stunde unternahm der in Berlin wohnende Handelsmann Gottschalk, welcher sich besuchsweise bei seinem in Neuborf bei Teupitz wohnenden Schwager aufhält, mit seinem zehnjährigen Sohn Carl eine Kahnfahrt auf dem Seddinssee. Als beide die im See liegende Rohrinsel passirt hatten und nach dem Reicherhorst hinübersteuern wollten, bemerkte G. zu seinem Entsetzen, daß der Kahn, der bisher trocken war, sich in rapider Schnelligkeit mit Wasser füllte. Leider war G. aber schon zu weit von der Insel entfernt, um wider zurücksteuern zu können. Er rief nun seinem Sohne, über Bord zu springen und sich durch Schwimmen zu retten. Der Knabe that dies auch, aber nach kaum 5 Minuten verließen ihn die Kräfte und er versank in die Tiefe, aus der er nicht wieder zum Vorschein kam. Inzwischen hatte der Vater, nachdem er ebenfalls über Bord gesprungen war, sich an dem umgelippten Rahne festgehalten und um Hilfe geschrien. Seine Hilferufe verhallten aber auf dem öden undlebeten See, und zwei Schiffer, die den Vorfall inzwischen bemerkt hatten, waren zu weit entfernt, um gleich an die Unglücksstelle heranzusteuern zu können. So fand auch der Vater seinen Tod in den Wellen. Der auf dem See herumtreibende Kahn wurde schließlich ans Land gezogen und nach Neuborf geschafft. G. hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder.

Von Puffern zermalmt. Ihr erstes Opfer hat vorgestern Nachmittag die Baunerbahn gefordert. Der in den dreißiger Jahren lebende Heizer Klaus war gegen 5 Uhr mit dem Reingien der Laternen einer Lokomotive beschäftigt, welche kurz vor einem Prellbock aufgestellt worden war. Während sich nun A. zwischen Maschine und Prellbock befand und seiner Beschäftigung nachging, fuhr plötzlich eine andere Lokomotive gegen die an der bezeichneten Stelle haltende und drängte dieselbe gegen den Prellbock. G. gerieth hierbei zwischen die Puffer der Lokomotive und des Prellbockes und wurde vollständig zerquetscht, daß er innerhalb weniger Minuten seinen schweren Verletzungen erlag. Der so früh am dem Leben Verlassene hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder.

Die Obduktion der durch den Hausdiener Hamm am Morgen des zweiten Feiertages in der Wäge todt aufgefundenen Zwillingstöchter Anna und Bally hat zu dem Ergebnis geführt, daß beide infolge von Darmkatarrh eines natürlichen Todes gestorben sind. Merkwürdig ist es, daß die Eltern von der Krankheit nichts gemerkt und ärztliche Hilfe nicht in Anspruch genommen haben.

Eine verhängnisvolle Verwechslung von Arzneien hat einen hiesigen Einwohner dem Tode nahe gebracht. Eine Lokalkorrespondenz berichtet darüber folgendes: Der im Südwesten der Stadt wohnende Bäckereimeister S. war in kurzer Zeit ebenso wie zwei seiner Gesellen und seine Verkäuferin, an der Infuenza erkrankt. Da die Krankheit bei allen vier Personen nicht sehr heftig auftrat, hielt es Herr S. nicht für notwendig, den Hausarzt hinzuzuziehen, sondern glaubte, das Leiden durch Antipyrenin heben zu können; er schickte nach einer Apothek und ließ sich von dort ein Quantum dieses Heilmittels holen. Nachdem der Bäckereimeister eine Dosis Antipyrenin eingenommen, erkrankte er unter so beorgniserregenden Symptomen, daß die Angehörigen sofort zwei Ärzte holen ließen. Diese konstatirten eine wahrcheinlich durch Blausäure herbeigeführte Vergiftung, wendeten jedoch sofort geeignete Gegenmittel an, so daß S. sich jetzt nach mehrwöchiger Krankenlager außer Lebensgefahr befindet. Wie die Verwechslung der beiden Substanzen möglich geworden, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Als ein glücklicher Zufall ist es zu betrachten, daß die anderen Patienten von dem Gift noch nicht genommen hatten.

Ein heftiger westlicher Sturm, begleitet von schweren Regengüssen, wüthete während der verfloffenen Nacht. Die Temperatur war dabei eine auffallend milde. Der Sturm hat vielfache Verheerungen, namentlich in der Umgebung von Berlin, angerichtet; der Regen hat Ueberschwemmungen herbeigeführt, die den Verkehr auf den Landstraßen wesentlich behinderten.

Zirkus Schumann. Gestern fand bei ausverkauftem Hause die erste Aufführung der neuen Pantomime: „M. W.“ oder: „Berliner Kinder im Sommer und Winter“ statt. Dieselbe wurde vom Publikum sehr beifällig aufgenommen. Die „10 Bilder“, in Szene gesetzt vom Direktor G. Schumann, welcher zur Unterstützung noch einen Regisseur, Ernst Schumann, zur

